

# Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 13. April 1928 ✓

Nummer 15

## Inhaltsverzeichnis

Gewerkschaften und Parlamentsneuwahlen . . . . .	G. R.
Die deutschen Konsumgenossenschaften 1927 . . . . .	Dr. S. Geithe
Lehrlingswesen und Berufsausbildung in England . . . . .	B. Weingart
Regiebetriebe VI (Schluß) . . . . .	Dr. G. Petermann
Die Gewerkschaftsbewegung auf dem Balkan . . . . .	• • •

Aus Politik und Volkswirtschaft • Arbeiter- und Angestelltenversicherung  
Arbeitsgerichte • Landstrafenwärter • Aus unserer Bewegung • Rundschau

Technik und Wirtschaft



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SW. 36, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Das **DEUTSCHLAND-RAD**  
die gute Markenmaschine  
Lieferung direkt ab Fabrik  
AUF WUNSCH TEILZAHLUNG!

FAHRMASCHINEN, SPORT- u. RADFAHRERBEDARFS-ARTIKEL  
in Güte und Preiswürdigkeit unübertroffen Katalog kostenlos

FAHRRADFABRIK  
**AUGUST STUKENBROK, EINBECK 29**  
Ältestes u. größtes Fahrradhaus Deutschlands



Teilzahlung! Katal. frei!  
**Photogr. Apparate**

Katalog A. (F)  
Uhren, Goldwaren,  
 Brillanten, Metallwaren  
Katalog B.  
**L. Römer,**  
Altona-Othmarschen 13

Unsere Spezialität:

**Alpacca-Silber-Bestecke**

Garantie für beste Qualität — liefern wir  
direkt an Private, 6 Monate Ziel — 8 Tage  
zur Ansicht. Fordern Sie unsere Preisliste.  
**E. u. H. Kramer, Mettmann, Rhld. 5**

**Leset die Urania**

Anerkannt beste Bezugsquelle für  
**billige böhmische Bettfedern!**



1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1.— M.; Halbweiße, flaumige 1.20 M. und 1.40 M.; weiße, flaumige geschlossene 1.70 M., 2.— M., 2.50 M., 3.— M.; feinste, geschlossene Halbflaum-Herrschaffedern 4.— M., 5.— M., 6.— M. Graue Halbdaunen 2.75 M. Auspfebern, ungeschlossene mit Flaum gemengt, Halbweiße 1.75 M., weiße 2.40 M., 3.— M.; allerfeinster Flaumcap 3.50 M., 4.50 M. Versand jeder beliebigen Menge; vollfrei gegen Nachnahme von 10 Pf. an franco. Umtausch gestattet oder Geld zurück. Muster und Preisliste kostenlos. S. Benisch, Bettfedernport in Prag XII, Böhmen.

**6 Monatsraten**  
bewilligen wir Beamten u. langjährigen Angestellten. **F. Schöne aller Art**  
Preisliste Nr. 203 gratis.  
Offert. A. Stein & Co.  
Nürnberg, Rennweg 1

**Kugelhäse**  
10 Pfd.-Paket frei Haus Mk. 4,80  
Nichtgefahrend. retour  
**Dampfmolkerei**  
Freiburg, Elbe 103

Heimarbeitsvergnügen  
P. Höfler, Breslau Hb.

Bei Gicht, | Jschias, | Nerven- u. Kopfschmerz,  
Rheuma, | Grippe | Erkältungskrankheiten  
haben sich Togonal-Tabletten hervorragend bewährt  
Ein Versuch überzeugt!



In allen Apotheken  
Preis Mk. 140

Togonal scheidet die Harnsäure aus!

**Der modernste**  
**Treyophon**  
Sprechapparat!  
Neueste Metallkonföhrung!

LANGJÄHRIGE GARANTIE  
**1** an WOCHE NRATE

ohne Anzahlung  
Sprechapparate-Bau-Ges.  
**FREIER u. CO BERLIN N4, CHAUSSÉE STR. 46 I. ETG.**

direkt ab Fabrik  
**Schallplatten** alt. Marken  
bequeme Ratenzahlung.  
Verlangen Sie sofort Liste F.

NO. 1259 669

**Sigurd**  
das Rad für Alle

unserwüstlich, von schmidigem Bau und spielendem Lauf. 3 Jahre Garantie! Besonders niedrige Preise weil  
direkt ab Fabrik.

**Spezialrad schon für M. 38.-**

Fahrradteile, Photos und Sportartikel, Musikwaren, Uhren, Geschenk- u. Haushaltartikel sehr preiswert in nur bester Qualität. Hunderttausende zufriedene Kunden! Verlangen Sie kostenlos und ohne Kaufzwang den Nachkatalog der  
**Sigurd Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Hassel 107**

bequeme  
**Teilzahlung**

**TRINKE KAFFEE NUR VON WESTPHAL**

Gerösteter Kaffee,  
rein schmeckend, frisch geröstet.  
Pfd. . . . . RM 275  
5 Pfd. portofrei zur Probe  
**Westphal-Mischung**, Pfd. . . . . RM 0,78  
**Kaffee-Ersatz-Mischung**,  
Blechkose mit ca. 8/2 Pfd. Inhalt,  
portofrei . . . . . RM 6,60

Versand portofrei gegen Nachnahme.  
Bei Nichtgefallen Zurücknahme.  
**Gustav Westphal, gegr. 1897**  
Altona 724, Hamburg

**Eisen-Betten, Kinder-**  
**Stahlmatten**, günstig an Private. Katalog  
147 frei. **Eisenmöbel-Fabrik Suhl (Thür.)**

**Reellste Bezugsquelle:**  
**Neue Gänsefedern**  
wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen dopp. gereinigt Pfd. 2.50, dies. beste Qualität 3.50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5.00, 9/4 Daunen 6.75, gerein. gerissene Federn mit Daunen 4.00 und 5.00, hochprima 5.75, allerfeinste 7.50, la. Volldaunen 9.00 u. 10.50. Für reelle staubfrei. Ware Garantie. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel, Gänsem. Gegr. 1852, Neutrebbin 3b (Oderbr.)**



**Die neuen Schallplatten der Gewerkschaftsmitglieder**

Choraufnahmen von Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes

Nur auf Homocord-Electro

Man verlange ausdrücklich Homocord

**Gesangverein Typographia, Berlin**  
Dirigent: Alexander Weinbaum, mit Homocord-Orchester.

**Männerchor Fichte-Georgia**  
Dirigent: Wilhelm Knöchel.

Überall erhältlich

4-2522 **sturm** G. Ad. Uthmann—Ludw. Lessen  
**Vogel nieß weiter** (Volkslied)  
A. v. Othegraven

4-2510 **Auftakt** . . . . . Wilhelm Knöchel  
**Das heilige Feuer**  
(G. Ad. Uthmann—Ludwig Lessen)

sonst schreiben an

4-2523 **Wann wir schreiten**  
Alfr. Guttman—Herm. Claudius  
**Sonntag am Rhein** (Volkslied)  
R. Schumann

**Homophon-Company G. m. b. H., Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 108**

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Morikplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Gewerkschaften und Parlamentsneuwahlen

**N**eben den Reichstags- und den preußischen Landtagswahlen werden am 20. Mai 1928 noch in einigen anderen Ländern Landtagswahlen stattfinden, außerdem auch in einer größeren Zahl preußischer Gemeinden Kommunalwahlen. An diesen Parlamentswahlen können die Gewerkschaften nicht achtlich vorübergehen. Sie sind vielmehr an dem Wie der Zusammensetzung des Reichstages und der Landtage sowie der von diesen abhängigen Regierungen so stark interessiert wie keine andere Arbeiterorganisation. Die Politik beeinflusst außerordentlich stark die Volkswirtschaft, was u. a. wiederum sehr erheblich auf die Warenpreisgestaltung einwirkt. Was nützen alle noch so erfolgreich durchgeführten Lohnkämpfe der Gewerkschaften, wenn durch eine verfehlte Wirtschafts- und Handelspolitik die Warenpreise noch höher steigen als die Nominallöhne und somit den Reallohn, d. h. die Lebenshaltung der Arbeiter trotz aller Lohnerhöhungen nicht nur stabilisieren, sondern noch herabsetzen. Die so eingeschränkte Kaufkraft der Arbeiter vermindert natürlich ihre Nachfrage nach Waren, wodurch Arbeitslosigkeit mit all ihrem Elend in immer steigenderem Maße eintritt. Alle Anstrengungen der Gewerkschaften, den Lebensstandard der Arbeiter sozial und kulturell zu heben, werden durch solche Politik zunichte gemacht, werden Sisyphusarbeit.

Wie in der Wirtschaftspolitik, so in der Sozialpolitik. Soll die Lebenslage der Arbeiter gesteigert werden, dürfen die Gewerkschaften nicht nur an die arbeitsfähigen Proletarier denken, sondern sie müssen sich auch der Kranken und der durch Unfall, Berufskrankheiten, Siechtum und Alter, invalid und arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter annähmen. Sie müssen auch für die Arbeiter eintreten, die infolge der oben gekennzeichneten Politik oder sonst entstandenen Wirtschaftskrisen und anderen Ursachen arbeitslos geworden sind. Die Versicherungsgesetzgebung muß daher noch mehr ausgebaut werden. In dieses Kapitel gehören auch der weitere gesetzliche Ausbau des Arbeiter-, Mutter- und Kinderschutzes, der Mutterschaftsversicherung, die Festigung des Achtstundentages, des Koalitionsrechts, des Tarifrechts usw.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter haben neben den allgemein wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen noch ein besonderes Interesse an der arbeiterfreundlichen Zusammensetzung des Reichstages, der Landtage und der Stadtverordnetenversammlungen, weil Reich, Länder und Gemeinden ihre Arbeitgeber sind. All die gewerkschaftlichen Forderungen,

die sonst an die Privatunternehmer gestellt werden, müssen hier an die von den Parlamenten gebildeten Regierungen und Stadtverwaltungen gerichtet werden. Wir als Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter haben deshalb ein noch viel weitergehendes Interesse an der sozialpolitisch fortschreitenden Zusammensetzung der Parlamente als andere Arbeiter.

Wir wissen, wie wenig Sozialpolitik und welche arbeiter-schädigende Wirtschaftspolitik der abgelassene Reichstag im Zeichen des Bürgerblocks getrieben hat. In der Innenpolitik hat uns dieser zum großen Teil in die „herrlichen“ Zeiten Wilhelms II. zurückgeführt. Die ungeliebte Lebensmittelverteuernde Zollpolitik wurde von neuem begonnen. Diese stürzte uns in einen langwierigen Handelskrieg mit Frankreich und Polen, drohte die Arbeitslosigkeit bis zur Unerträglichkeit.

Damit noch nicht genug wurde den schreienden „notleidenden“ Krankjüngern der Mund noch extra gestopft durch Zollerhöhung auf Speisemais für Kinder und Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen ab 1. Mai 1928. Dabei steht fest, daß die Fleischpreise auch ohnehin in den nächsten Wochen und Monaten steigen werden.

Statt Gelder für den Wohnungsbau bereitzustellen, wird ein unnötiger Panzerkreuzer gebaut, das Ausland von neuem mißtrauisch gemacht, damit die allgemeinen internationalen Abrüstungsbestrebungen sabotiert und neuen Kriegen Vorschub geleistet.

Das war (in großen Zügen gesehen) die Politik des vom Bürgerblock beherrschten Reichstages.

Daß die geringfügige Sozialpolitik den Schwerkapitalisten noch zu viel ist und sie keineswegs gewillt sind, im neuen Reichstage eine bessere Politik zu machen, beweist die „Kölnische Zeitung“, Organ der Deutschen Volkspartei. In einer Betrachtung der Tätigkeit des vergangenen Reichstages führt

### Vorgeahnt

Kommen wird der Tag, der deinen Geist aus dem Dunkel auf zur Sonne reißt, an den Lenztage, der in Blütenpracht Wunder zaubert aus der Winternacht, der aus jauchzend hellen Vogelgeflügel zum Vergelten grauer Erbsjahle ruft: Atmet auf und steigt empor ihr Seelen! Eurer Freiheit Treppen sind gestuft.

Aus der Werkstatt, wo der Mensch erschafft, Quillt dem Denken schöpferischer Saft; durch der Hände Kunstgewandte Tat reißt zum Aehrengold des Denkens Saat, in den tausendarmigen Maschinen beugt sich vor dem Denker die Natur, und aus ihrem schrankenlosen Dienen steigen Palmen auf des Geistes Flur.

Stolze Träume, die den Geist durchziehen, sehnen aus dem düstern Jetzt entfliehen, Träume, denen eine weite Welt sturmgewonnen ward zum Siegesfeld, nicht wie Schaum kann euer Bild zergehen, schönes Bild, das eine Welt befreit, denn der Menschheit Schaffen zwingt zu sehen eure vorgeahnte Wirklichkeit. Franz Diederich

sie bewegliche Klage darüber, daß es der Sozialdemokratischen Partei und dem Drängen der Gewerkschaften trotz der Herrschaft des Bürgerblocks gelungen sei, noch immer sozialpolitische Verbesserungen durchzusetzen. Sie jammert deshalb zum Schluß folgendermaßen:

„Alles in allem also eine sehr triebhafte und starke, wenn nicht gar für unsere Lage zu üppige soziale Leistung, zu der man noch die lohnpolitische Aktivität des Schlichtungswesens rechnen muß. Die Aufgabe der künftigen Sozialreform liegt nicht in weiterer mengenmäßiger Entwicklung der Sozialpolitik, sondern in einer Ordnung, Überprüfung und Durchgliederung des bisher Geschaffenen. Die Zeit massiver sozialer Gesetzestaten ist im wesentlichen vorbei; auf die großzügige Gründungsperiode der Nachkriegssozialpolitik wird jetzt eine Zeit der sozialpolitischen Rationalisierung folgen müssen.“

Als ob das hier gescholtene Schlichtungswesen sich nicht bemüht hätte, gerade dem Untertunertum seine Gunst zuzuwenden, wie u. a. die übereilt verbindlich erklärten Schiedsprüche in den Lohnkonflikten der Metallindustrie und im Buchdruckgewerbe beweisen.

Es zeugt von der ungeheuren Kraft der demokratischen Idee, daß der Gedanke der republikanischen Staatsform heute viel weniger umstritten ist als vor drei bis vier Jahren, als damals Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen waren. Die monarchistischen Vorstöße aus dem Lager der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei haben nicht vermocht, trotz ihres Bürgerblocks, den republikanisch-demokratischen Staat zu erschüttern. Deshalb geht der gegenwärtige Wahlkampf auch viel weniger um die Staatsform als um wirtschafts- und sozialpolitische Fragen sowie um die Weiterführung der seinerzeit von der Sozialdemokratischen Partei begonnenen, von Wirth und Stresemann fortgeführten Außenpolitik, mit dem Ziel einer vernünftigen Festsetzung der Kriegsschadigung, der Befreiung der Rheinlande und der endgültigen Befriedung Europas.

Die Gewerkschaften sind sich darüber klar, daß eine die Produktion befruchtende Wirtschaftspolitik und im weitestgehenden Sinne des Wortes betriebene Sozialpolitik sowie die eben gekennzeichnete Außenpolitik nur möglich sind, um die Hebung der Arbeiterklasse aus dem Elend und ihren sozialen und kulturellen Aufstieg zu gewährleisten. Die Gewerkschaften sind keine parlamentarische Partei. Sie betrachten es auch nicht als ihre Aufgabe, sich parlamentarisch zu betätigen. Weil aber doch sehr viele gewerkschaftliche Forderungen nur auf politischem Wege erfüllt werden können, greifen die Gewerkschaften insoweit in die politischen Wahlkämpfe ein, indem sie Kandidaten unterstützen, denen es selbstverständlich ist, gewerkschaftliche Forderungen zu vertreten. Daß das von den Bürgerblockparteien und ihren wählischen und wirtschaftsparteilichen Freunden hier nicht zu erwarten ist, hat die Vergangenheit bewiesen. Daß die Gewerkschaftspolitik aber auch von den Demokraten nur ungenügend unterstützt wird, erklärt sich aus der kapitalistischen Einstellung dieser Partei.

So bleibt nichts anderes übrig, als die Arbeiter aufzufordern, für die einzige arbeiterfreundliche Partei einzutreten, die Sozialdemokratische Partei, die im Laufe ihrer mehr als sechzigjährigen Geschichte immer wieder den Beweis erbracht hat, daß sie auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiete mit den Gewerkschaften durchaus konform geht und schon rein programmatisch für die Forderungen der Gewerkschaften an die Gesetzgebung eintritt. Es müssen deshalb alle Mitglieder der Gewerkschaften die Zeit bis zum 20. Mai ausnützen, um allüberall jedem Wähler klarzumachen, daß ein sozialer Aufstieg der Arbeiter in der kommenden Zeit gewährleistet werden muß. Von der Hebung der Lebenslage der Arbeiter soll das ganze deutsche Volk profitieren. Daher muß jeder seine Stimme für Reichstag, Landtag und Stadtverordnetenversammlung der Sozialdemokratischen Partei geben. G. R.

## Die deutschen Konsumgenossenschaften 1927

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat soeben statistische Uebersichten veröffentlicht, aus denen sich ein günstiger Stand und gegenüber dem Vorjahre wieder eine bedeutende Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaften ergibt. Freilich handelt es sich nur um die Bekanntgabe der Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen. Die Bilanzstatistik steht noch aus, und ein abschließendes Urteil vermag deshalb noch nicht gegeben zu werden. Immerhin bieten die zur Verfügung stehenden Zahlen, von denen einige folgen, ein anschauliches Bild der äußeren und zum Teil auch der inneren Entwicklung:

Jahr	Berichtende Genossenschaften	Mitgliederzahl	Umsatz im eigenen Geschäft in Mk.	Geschäftsguthaben in Mk.	Spareinlagen in Mk.
1924 ..	1 036	3 444 218	548 741 184	14 997 726	49 485 920
1925 ..	1 033	3 364 984	702 485 213	26 134 201	82 700 669
1926 ..	1 048	3 205 984	811 432 753	35 181 373	138 062 576
1927 ..	1 026	2 932 175	982 159 847	44 432 915	207 463 895
1914 ..	1 094	1 717 519	432 980 519	33 772 099	80 243 901

Don 1086 angeschlossenen Genossenschaften berichteten 1026 zur Statistik. Die Mitgliederzahl erfuhr einen weiteren Rückgang um mehr als eine Viertelmillion, was aber zunächst keine Schwächung der Bewegung bedeutet, deren Mitgliederzahl etwa 1¼ Million höher ist als im Jahre 1914. Auch im Berichtsjahre wurde die Bereinigung der Mitgliederlisten fortgesetzt. Nur „nominelle“ Mitglieder wurden zum Teil zu Tausenden, ja zu Zehntausenden gestrichen.

Der Umsatz hat gegen das Vorjahr wieder eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Milliarde wurde, wenn man alle deutschen Konsumgenossenschaften berücksichtigt, erheblich überschritten und von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes allein erreicht. Das bedeutet nur, daß man sich, unter Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft des Geldes und der erheblich gestiegenen Mitgliederzahl, dem Umsatz von 1914 auch tatsächlich wieder stark

nähert. Auf das einzelne Mitglied entfiel ein Jahresumsatz von 335 RM. Damit ist die entsprechende Zahl von 1914 zum ersten Male äußerlich erreicht und überschritten worden. Damals betrug sie sich auf 287 Mk., im Jahre 1926 auf 253 RM. Das Ergebnis wird auf die Anwendung rationaler Herstellungs- und Verteilungsverfahren, auf die Bereinigung der Mitgliederlisten und auf die intensive propagandistische Bearbeitung der alten Mitglieder, dagegen weniger auf den Beitritt neuer Mitglieder zurückzuführen sein. Vom Standpunkt der Konsumgenossenschaften müssen die angeführten Zahlen trotz alledem, auch wenn die gesunkene Kaufkraft der breiten Massen in Betracht gezogen wird, als völlig unbefriedigt angesehen werden. Würden alle Genossen ihren gesamten Bedarf an den in Frage kommenden Artikeln im Konsumverein decken, so würde die auf das einzelne Mitglied entfallende Umsatzzahl etwa doppelt so hoch sein als sie es gegenwärtig ist. Statt etwa 6,50 RM. würden wöchentlich (niedrig geschätzt) 12 RM. und mehr im Konsumverein umgesetzt werden, was einem Jahresumsatz von mindestens 624 RM. entspräche. So aber läßt auch die Genossenschaftstreue guter Mitglieder zu wünschen übrig, und die immer noch große Zahl der Papierfolbaten verkleinert das Durchschnittsergebnis weiterhin. Zur Illustration diene die von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend für das letzte Geschäftsjahr aufgestellte Statistik. Danach entfielen im Berliner Verein an Jahresumsatz durchschnittlich auf ein Vorstandsmitglied 4996, ein Aufsichtsratsmitglied 1736, einen leitenden Beamten, Kontrolleur oder Meister 1729, einen Lagerhelfer 1477, ein Mitglied des Gesamtpersonals 1016, einen Handwerker oder Kraftwagenführer 915, einen Generalversammlungsvorsteher 873, ein Waren entnehmendes Mitglied 428, ein Mitglied allgemein 316 RM.

Nicht unerheblich ist die Steigerung der Geschäftsguthaben, die 9¼ Mill. RM. beträgt. Von der Gesamtsumme von 44¼ Mill. sind allerdings 12 Mill. RM. durch Aufwertung entstanden. Jedes Mitglied besitzt im Durchschnitt 15,15 RM. Geschäftsguthaben (das sind 4,52 Proz. des Jahresumsatzes). In dieser Summe sind aber 4,14 RM. Aufwertung enthalten, so daß auf das einzelne Mitglied

tatsächlich immer noch ein bar eingezahltes oder als Rückvergütung gutgeschriebenes Geschäftsguthaben von 11,01 RM. entfällt. Gegenüber dem Vorjahre liegt, unter Außerachtlassung des durch Aufwertung entstandenen Anteils am Geschäftsguthaben, eine Steigerung um 3,93 RM. vor. Im Jahre 1914 belief sich das Geschäftsguthaben des einzelnen Mitgliedes auf durchschnittlich rund 20 Mk., ist also noch längst nicht wieder erreicht. Und wenn man sich auch erinnert, daß die Inflation auch die Betriebsmittel der Genossenschaften schwer heimgesucht hat, und daß in den letzten Jahren Aufbauarbeit geleistet worden ist, so scheint doch die Einsicht der Mitglieder in die Bedeutung der eigenen Betriebsmittel der Konsumgenossenschaften noch recht gering zu sein. — Die Führer halten Geschäftsanteile in Höhe von 50 bis 60 RM. für unbedingt notwendig zur Schaffung einer sicheren Grundlage für die konsumgenossenschaftliche Entwicklung, noch aber beträgt der Geschäftsanteil bei 345 (von 1026 berichtenden) Genossenschaften weniger als 30 RM. und bei nur 14 mehr als 50 RM.

Beträchtlich ist die Zunahme der Spareinlagen, die progressiv ansteigen. Der Zuwachs an neuem Geld beziffert sich für das Jahr 1925 auf 31, für das Jahr 1926 auf 55 und für das Jahr 1927 auf 72,5 Mill. RM. Die Gesamtsumme beträgt gegenwärtig 207,5 Mill. RM., von denen immerhin 40 Mill. durch Aufwertung entstanden sind. Nahezu ein Drittel der Spareinlagen der Konsumgenossenschaften ist bei der Großeinkaufsgesellschaft angelegt. Auf das einzelne Mitglied entfallen 70,75 RM. Spareinlagen (21,12 Prozent des Jahresumsatzes) gegen 14,37 RM. im Jahre 1924, 24,58 RM. im Jahre 1925, 43,06 RM. (17,01 Proz. des Jahresumsatzes) im Jahre 1926 und 46,72 RM. im Jahre 1914.

Der verhältnismäßig hohe Betrag der Spareinlagen zeigt, daß die geringe Höhe der Geschäftsguthaben nicht in wirtschaftlichem Unvermögen der Mitglieder zu suchen ist; seine progressive Steigerung macht den Plan des Zentralverbandes erklärlich, eine konsumgenossenschaftliche Hypothekenbank zu errichten, die der Finanzierung des Wohnungsbaues dienen soll.

Der ersten Veröffentlichung folgte eine Gesamtdarstellung, die auch die Bilanzstatistik brachte, deren wichtigste Posten nachstehend folgen.

J a h r	1914 1924 1925 1926 1927					1914 1924 1925 1926 1927				
	in Mill. RM.					in % des Gesamtumsatzes				
<b>Aktiva</b>										
Kasse	5,0	1,7	2,4	3,3	4,2	1,01	0,44	0,39	0,44	0,48
Warenbestand	56,0	56,4	87,0	97,9	103,5	11,51	14,82	14,13	13,11	11,74
Effekten u. Hyp.	1,4	1,3	1,3	5,1	11,3	0,36	0,36	0,22	0,68	1,28
Bankguthaben	58,4	5,5	12,8	30,9	76,8	12,01	1,45	2,07	4,13	8,71
Beteiligungen		3,2	8,4	11,5	14,1		0,86	1,37	1,54	1,60
Außenstände	3,4	1,2	2,7	3,5	4,5	0,71	0,32	0,43	0,47	0,51
Inventory	16,4	6,0	8,8	14,6	20,8	3,37	1,56	1,42	1,96	2,36
Grundbesitz	100,3	81,2	89,1	108,5	126,6	20,62	21,32	14,46	13,86	14,37
Sonstige Forder.)	2,0	0,4	1,0	2,9	3,1	0,41	0,09	0,16	0,38	0,35
<b>Passiva</b>										
Geschäftsguthab.	33,3	14,4	20,0	29,4	39,4	6,85	8,79	3,25	3,94	4,48
Reservefonds	14,5	12,8	15,4	18,9	22,4	2,99	3,37	2,51	2,52	2,54
Andere Fonds	10,3	12,2	13,9	15,0	17,3	2,12	3,21	2,26	2,01	1,97
Spargelder	79,1	48,6	67,9	109,1	175,8	16,26	12,77	11,02	14,61	19,95
Bankkredite		10,1	10,2	4,8	2,5		2,65	1,05	0,65	0,29
Hypotheken	43,6	10,9	19,4	26,9	30,2	8,97	2,87	3,14	3,60	3,43
Obligationen	5,6	1,6	1,5	2,2	1,8	1,15	0,49	0,24	0,30	0,20
Warenschulden	10,5	32,2	40,5	33,5	31,6	2,16	8,47	6,57	4,49	3,59
Nach zu zahlende										
Geschäftsunk.	1,0	4,3	2,3	2,3	2,5	0,21	1,12	0,37	0,31	0,29
Rabattguthaben	16,3	5,4	14,7	21,2	29,7	3,36	1,41	2,38	2,84	3,37
Uebererschuß	24,4	4,0	7,6	9,3	10,9	5,01	1,03	1,24	1,24	1,23

) Dorausgewährter Rabatt usw.

Der Warenbestand hat, am Umsatz gemessen, im Berichtsjahre wieder ungefähr die Höhe erreicht, die er vor dem Kriege einnahm. Die Umschlagsfrist beträgt etwa einen Monat; sie wäre günstiger, wenn sich die Konsumgenossenschaften nur auf den Kreis der von ihnen ursprünglich vertriebenen Warenarten (Lebensmittel usw.) beschränkten. Dadurch aber, daß viele Vereine auch Textilien, Möbel und andere Haushalts- und Wohnungseinrichtungsgegenstände umsetzen, entsteht eine Belastung des Lebensmittelgeschäftes, Erhöhung der Ausgaben an Zinsen und anderen Unkosten und Beeinflussung der Höhe der Warenschulden.

Die starke absolute Steigerung des Postens Geschäftseinrichtungen, der den Vorkriegsstand auch verhältnismäßig wieder zu erreichen beginnt, und des Postens Grundbesitz, der freilich, am Umsatz gemessen, noch erheblich hinter dem Stand von 1914 zurückbleibt, aber sehr niedrig zu Buche stehen soll, ist Beleg für die erhöhte Aufmerksamkeit, die der Betriebsweiterung und -ausstattung zugewandt wird. Die Zahl der Verteilungsstellen erhöhte sich von 8780 im Jahre 1926 auf 9230 im Jahre 1927. Die Posten Wertpapiere (einschließlich Obligationen und Hypotheken), Beteiligungen und Bankguthaben zeigen, daß der Vermögensstand von 1914 im Berichtsjahre verhältnismäßig fast erreicht worden

ist. Eine ganz gewaltige Steigerung weisen besonders die Bankguthaben und der Wertpapierbestand auf.

Die Passivseite zeigt, daß das eigene Kapital noch hinter dem Satz von 1914 zurückbleibt. Doch ist gegenüber den Vorjahren ein ständiges, nicht unerhebliches Wachstum zu verzeichnen; dabei entwickeln sich die Reserven verhältnismäßig günstiger als das Geschäftsguthaben. Dieser Zunahme entsprechend sind die Bankkredite wieder, wie im Vorjahre, um die Hälfte zurückgegangen. Auch die Warenschulden stehen gegenüber dem Jahre 1926 günstiger, noch immer ungünstig freilich gegenüber der Vorkriegszeit. Aber auch sie haben sich seit 1925 von Jahr zu Jahr gebessert. Die Regulierungsfrist, die 1914 7,85 Tage betrug (sehr günstig), betrug 1925 etwa 24, 1926 16,37 und beträgt heute rund 13 Tage. Die Spareinlagen haben, worauf schon hingewiesen wurde, einen überaus günstigen Stand; nach der Verbandsstatistik übertrifft er den von 1914 um mehr als 3 1/2 Proz. des Umsatzes.

Reinertrag, Rabattguthaben und Ueberweisungen machen zusammen 4,6 Proz. des Umsatzes aus, gegen 4,1 Proz. im Jahre 1926 und 8,4 Proz. im Jahre 1914. Absolut ist der Friedensbetrag fast erreicht, verhältnismäßig noch längst nicht. Die Ursache sind im wesentlichen die hohen Unkosten, die sich zum Teil nicht, zum Teil nur sehr schwer abbauen lassen, wie die Steuern, die 11,1 Mill. RM. betragen, und die Verwaltungskosten, Löhne und Gehälter, die sich auf 112,5 Mill. RM. belaufen. Die Gesamtsumme der Geschäftslasten wird mit 133,9 Mill. RM. (15,19 Proz. des Umsatzes) angegeben, gegen 121,6 Mill. RM. (16,28 Proz.) im Jahre 1926 und 60,5 Mill. Mk. (12,45 Proz.) im Jahre 1914. Sie ist also gegenüber dem Vorjahre absolut gestiegen, hat sich jedoch relativ etwas gebessert.

Von Rationalisierungsmaßnahmen ist weiterhin Gebrauch gemacht worden. Sie werden zum Teil durch gesetzliche Bestimmungen verhindert. Die Zahl der in der Verteilung beschäftigten Personen hat sich zwar um weitere rund 3000 auf 36 106 vergrößert (Steigerung gegenüber 1914 mehr als 50 Proz., damaliger Stand rund 22 000), doch entfiel 1927 auf jede Verteilungskraft ein Umsatz von durchschnittlich 24 403 RM. gegen 22 660 RM. im Vorjahre und 22 400 Mk. im Jahre 1914. Wenn also auch die Realumsätze von 1914 noch längst nicht wieder erreicht sind, so geht es doch auch hier aufwärts. Ähnlich verhält es sich mit den Durchschnittsumsätzen je Verteilungsstelle und je Genossenschaft, die von rund 85 000 RM. im Jahre 1926 auf mehr als 95 000 RM. im Jahre 1927, bzw. von rund 720 000 RM. im Jahre 1926 auf rund 850 000 RM. im Jahre 1927 gestiegen sind. Dieser Durchschnittsumsatz je Genossenschaft, der für 1914 448 000 Mark betrug, ist ein deutlicher Beweis für die Konzentrationsbewegung auf konsumgenossenschaftlichem Gebiet und die daraus hervorgehende erhebliche Zunahme der Unternehmungsgröße.

Die soziale Gliederung der Mitglieder weist nur geringe Veränderungen auf. Gegenüber dem Jahre 1914 ist der Anteil der Arbeiter und Angestellten, die jedoch nach wie vor weitaus in der Mehrzahl sind (68,28 Proz.), um 10,42 Proz. zurückgegangen. Selbständige Gewerbetreibende sind 155 000 (5,36 Proz.) angeschlossen.

Der Wert der Eigenproduktion, die für die Ueberlegenheit der Konsumgenossenschaften im Konkurrenzkampfe eine große Rolle spielt, erhöhte sich weiter sehr stark. Er stieg von 161 Mill. RM. im Jahre 1925 auf 186 Mill. im Jahre 1926 und auf 241 Mill. RM. oder mehr als ein Viertel des Gesamtumsatzes im Jahre 1927 und verteilte sich vorwiegend auf Bäckerei- (1927: 57 Proz. der gesamten Eigenerzeugung) und Fleischererzeugnisse (1927: 29 Proz.). Die Zahl der in der Gütererstellung beschäftigten Personen erhöhte sich von 6555 auf 7778, von denen jede zu 30 987 RM. (gegen 28 390 RM. im Jahre 1926) am Herstellungswert beteiligt war.

Eindrucksvoll wirken die Umsatzzahlen der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG.):

Jahr	Gesamtumsatz der Konsumgenossenschaft Mk.	Umsatz der GEG. Mk.	In Proz. des gesonnen-schaftlichen Umsatzes	Umsatz der Eigenbetriebe der GEG. Mk.	Zahl der Beschäftigt. der GEG.
1924 . . .	548 741 184	168 466 279	30,70	26 298 325	3 598
1925 . . .	702 485 213	228 169 471	32,48	35 339 389	4 327
1926 . . .	811 432 753	294 173 971	36,25	45 675 780	4 698
1927 . . .	982 159 847	373 041 885	37,98	63 137 490	5 960
1914 . . .	492 980 519	157 524 040	31,95	10 475 273	2 015

Aus dieser Tabelle geht eine, wenn auch geringe Steigerung des Anteils des Umsatzes der GEG. am Umsatz der Konsumgenossenschaften und der des Anteils Eigenerzeugung am eigenen Umsatz hervor. Von 982 Mill. RM. Umsatz kommen 373 Mill. RM.

oder 37,98 Proz. auf die GEG. Davon entfallen 63 Mill. RM. oder 6,42 Proz. des Umsatzes der Konsumgenossenschaften (16,93 Prozent des Umsatzes der GEG.) auf die Eigenerzeugung der GEG. Die Zunahme des Umsatzes der Großeinkaufsgesellschaft ist ganz erheblich. Für 1927 beträgt der gesamte Mehrumsatz gegenüber dem Vorjahre 26,81 Proz., der Mehrumsatz der in den eigenen Betrieben hergestellten Erzeugnisse 38,23 Proz. Besondere Beachtung verdient die gegenüber dem Jahre 1914 außerordentlich starke Vermehrung des Anteils der Eigenerzeugung am Gesamtumsatz der GEG., die in der Erweiterung ihrer Eigenerzeugung gerade neuerdings immer bedeutendere Fortschritte macht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Jahr 1927 für die im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften ein Jahr weiteren Aufstiegs gewesen ist. Daß längst nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt sind, die auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen verwirklicht werden könnten, ist im einzelnen gezeigt worden.

Im Rahmen der Gesamtwirtschaft und ihrer Entwicklung seit 1923 betrachtet ist die an und für sich imponierende Umsatzzahl von einer Milliarde Reichsmark viel weniger achtunggebietend.

Wenn auch der Umsatz der Konsumvereine in Lebensmitteln mindestens 6 bis 7 Proz. der Gesamtversorgung beträgt, so beläuft sich doch der gesamte Einzelhandelsumsatz in Deutschen Reich auf schätzungsweise 30 bis 35 Milliarden Reichsmark. Leider fehlt es an allen zuverlässigen Unterlagen für die Ermittlung der Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gesamtwirtschaft. Es ist lediglich möglich, sie mit den anderen Genossenschaftsorganisationen und mit den Warenhäusern in Vergleich zu stellen. Dabei ergibt sich, daß der Umsatz der Warenhäuser, der auf 1½ Milliarde geschätzt wird, den der Konsumgenossenschaften um 50 Proz. übersteigt, während der Umsatz der Konsumgenossenschaften etwas über den der landwirtschaftlichen Genossenschaften einerseits und den der Einkaufsgenossenschaften der Einzelhändler und der Handwerker andererseits hinausgeht. Bei all diesen zahlenmäßigen Betrachtungen darf jedoch nicht vergessen werden, daß sich die Bedeutung der Konsumgenossenschaften wie die der Genossenschaften überhaupt in den Schlußfolgerungen, die aus der Höhe der Umsatzzahlen und aus den Ergebnissen des Geschäftsbetriebes gezogen werden können, keineswegs erschöpft.

Dr. Hans Geithe („Wirtschaftsdienst“).

## Lehrlingswesen und Berufsausbildung in England

Der jäh vorwärtsdrängende englische Kapitalismus, der gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Herrschaft der Welt antrat und alles über den Haufen warf, was seit Jahrhunderten „heilig“ war, glaubte auch das mittelalterliche Lehrlingswesen beseitigen zu können. Man war der Ansicht, durch das Aufkommen der Maschinen, die doch von „Kindern im zarten Alter“ bedient würden, woran selbst die Arbeiter nur einfache Handgriffe zu verrichten hätten, erübrige es sich, noch sieben Jahre lang einen Beruf zu erlernen. In einer Eingabe unterbreiteten die Textilarbeiter im Jahre 1810 dem Parlament zwei Anträge, worin erstens die Einführung neuer Maschinen verhindert werden sollte und zweitens auf strikte Durchführung einer siebenjährigen Lehrzeit zu achten sei. Die Regierung ließ diesen Forderungen ein geneigtes Ohr, setzte aber schließlich doch einen Untersuchungsausschuß ein. Vor diesem bewiesen die Unternehmer und deren Lobbyisten haarscharf, ohne Maschinen die Ausfuhr nicht bewältigen zu können, andererseits aber bei den neuen Maschinen keine jahrelange Lehrzeit mehr nötig wäre. Die einfachen Handgriffe an den Maschinen seien doch in ein paar Monaten zu erlernen. Die Anträge der Arbeiter fielen unter den Tisch. Zur Erhaltung des Lebensstandards im Gewerbe hatten die Zünfte des Mittelalters eine Reihe von Gesetzen geschaffen, deren wichtigste das im Jahre 1563 zustande gekommene Minimallohngesetz und das Gesetz zur Beschränkung der Zahl der Lehrlinge waren. Alle diese Gesetze gingen in der Zeit von 1777 bis 1820 verloren.

Im englischen Gewerkschaftsleben spielt die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge auch heute noch eine wichtige Rolle. Welche Wandlungen sich aber auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung in dem Hirn der Unternehmer vollzogen haben, beweist eine Untersuchung des englischen Arbeitsministeriums über den Stand des Lehrlingswesens, die in den Jahren 1925 und 1926 in den wichtigsten Industrien durchgeführt wurde. Diese Untersuchung entstand aus dem Gedanken heraus, „daß ein angemessener Zuwachs gut ausgebildeter tüchtiger Handwerker für die Erhaltung des traditionellen hohen Standards der berühmten englischen Industrie von vitalster Bedeutung ist.“ Es ist ja auch längst bekannt, daß das Maschinenzeitalter doch nicht in dem Maße degenerierend auf die Menschheit eingewirkt hat, wie das von der Wissenschaft noch am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts angenommen wurde. Daß auch die moderne Industrie in erhöhtem Maße qualifizierte Arbeiter braucht, erkennt man schon an der Stellung der ungelerten Arbeiter, an die im Laufe der Zeit immer größere Anforderungen gestellt wurden. So ist das Lehrlingswesen nicht verschwunden, und in den altengesehnen englischen Industrien hält man auch heute noch vielfach an einer siebenjährigen Lehrzeit fest. Wie auf allen anderen Gebieten, gibt es aber in England nichts Einheitsliches und recht bezeichnend für den individualistischen wie lokalistischen Zug der englischen Gewerkschaften ist es, daß man nie versucht hat, mit dem Maßstab moderner Ideen an diese Dinge heranzugehen. Die Dauer der Lehrzeit hängt vielfach vom Alter ab, d. h. da sie zwischen dem 14. und 16. Lebensjahr beginnt und allgemein mit dem 20. oder 21. Lebensjahre als beendet gilt, so richtet sich die Dauer nach dem Eintrittsalter. Der „Dollarbeiter“ im Sinne des Tarifs beginnt mit dem vollendeten 22. Jahre. Nach

der Lehrzeit kommt gewöhnlich noch „im ersten Jahre nach der Lehre“.

Auch in der Kategorie der ungelerten und angelernten Facharbeiter bestehen Vereinbarungen, die an eine bestimmte Zeit gebunden sind. „Fortgeschrittene“ sind solche, die auch nach Beendigung des Lehrverhältnisses nicht in die Kategorie der Dollarbeiter kommen können und noch einige Zeit als „Jugendliche“ arbeiten müssen. Die „Fortgeschrittenen“ werden gewöhnlich aus den Reihen der jugendlichen ungelerten Arbeiter genommen. In den Berichten heißt es hierüber: „Trotzdem für diese jungen Leute kein richtiges Lehrverhältnis besteht, sind bestimmte Vereinbarungen bezüglich des Lernens vorhanden, die aber nicht an Zeit gebunden sind. Auch bestehen keine festen Lohnsätze, da diese sich nach Leistung richten“, was auch ein sehr dehnbarer Begriff ist. Die Löhne der Lehrlinge und Jugendlichen in den einzelnen Berufen sind sehr verschiedenartig, sie variieren zwischen 7 bis 15 Mk. im ersten Jahre und zwischen 20 bis 50 Mk. im letzten Jahre.

Zur Durchführung oben erwähnter Untersuchung wurde die gesamte Industrie in folgende Gruppen eingeteilt: 1. Druckerei- und verwandte Industrien, 2. Textil- und Bekleidungsindustrie, 3. Bau- und Holzbearbeitungsindustrie, 4. staatliche und kommunale Industrie und Kleinhandel, 5. Bergbau, Chemie, keramische Industrie, 6. Metall- und Schiffbauindustrie. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich die ganze Untersuchung auch auf das Gebiet der technischen Ausbildung erstrecken mußte. England kennt kein Berufsschulwesen und der Schulzwang hört mit dem Verlassen der Volksschule auf. Die Berichte stellen wohl fest, daß „die Unternehmer sich um die technische Ausbildung der Lehrlinge kümmern“. Sie zahlen auch hier und da das Schulgeld oder Fahrgehalt, oder auch beides. Auch geben sie ihren Lehrlingen „ohne Abzug“ Freizeit zum Besuch der Schule oder technischen Kurse. Aber selbst zugegeben, daß die Unternehmer, jeder in seiner Art, für die technische Ausbildung der Lehrlinge besorgt sind, so bleibt aber immer noch die Frage, was aus den „angelernten Facharbeitern“ und den Ungelernten wird, offen. Es ist ganz klar, daß sie schußlos dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen sind. Der Bericht über die Verhältnisse in den staatlichen und kommunalen Betrieben hebt zwar manche nützliche und nachahmenswerte Einrichtung hervor, aber immer handelt es sich um Lehrlinge hochqualifizierter Berufe. Hier ist Deutschland doch andere Wege gegangen, wie auch der deutsche Kapitalismus nie die furchtbaren Auswüchse zeitigen konnte, wie der englische in seiner Frühzeit. Gewiß darf bei dieser Betrachtung nicht vergessen werden, daß der englische Kapitalismus keine Vorbilder hatte und sich unter furchtbaren Qualen für die Arbeitererschaft einen Weg ebnete. Während in England alle Spuren des Zunftzwangs verschwanden, und die „Freiheit des Individuums“ es auch nicht erlaubte, Neues auf den Trümmern des Alten und Morischen aufzubauen, hat man in Deutschland neben dem Wiederaufleben der Innungen Fach- und Berufsschulen erstehen lassen. England kennt, wie schon angedeutet, keine Berufsschulen, was ein Mangel ist. Soll auf diesem Gebiete wirklich Ersprießliches geleistet werden, so muß der Staat als Vertreter des Gesamtwillens eingreifen. Die Verhältnisse des Familienlebens der großen

# Technik und Wirtschaft der Gemeinde- und Staatsbetriebe

Beilage zur „Gewerkschaft“  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

4. Jahrgang

Berlin, den 13. April 1928

Nummer 4

## Park-, Garten- und Friedhofsanlagen

Von Direktor Ackermann.

Auf unserer sächsisch-thüringischen Bezirkskonferenz der Kammereiarbeiter (in Leipzig) hielt Direktor Ackermann nachfolgenden Vortrag, den er uns freundlicherweise zum Abdruck zur Verfügung stellte. D. Red.

Unter Gartengestaltung und Gartenkunst versteht man hauptsächlich die Verschönerung der Landschaft; hierzu gehören Entwurf und Ausführung von Park- und Gartenanlagen, die in erster Linie zur Stadtverschönerung dienen. Erst in neuerer Zeit und ganz besonders nach dem Kriege haben sanitäre und hygienische Rücksichten das Gebiet der Gartenkunst wesentlich erweitert. Heute sollen Anlagen nicht allein der Verschönerung, sondern auch zur Lockerung der Häusermassen dienen, sie sollen bequeme Spaziergänge bieten und jung und alt soll Gelegenheit haben, sich auf Wiesen zu lagern und auf Spielplätzen, Rodelbahnen usw. zu tummeln. In das Gebiet der Gartengestaltung fallen ferner die Herrichtung von Sportplätzen, Friedhöfen, Gartenkolonien, Siedlungsgärten, Schulgärten, Krankenhausbärten, die Anpflanzung und Pflege von Straßenbäumen und anderes mehr. Die Geschichte zeigt die Entwicklung der Stilarten und ihrer Ursachen bei verschiedenen Klimaten unter dem Einflusse mächtiger Zeitströmungen.

Streng regelmäßig

sollen die Gärten der Aegypter um 3000 vor unserer Zeitrechnung gewesen sein; in der Hauptsache waren es Fruchtgärten, die mit Obelisk, Pfeilern und Säuleneingängen verziert waren.

Dem Namen nach werden Ihnen die etwa 1000 Jahre jüngeren schwebenden Gärten der Semiramis bekannt sein, die im alten Babylon, an den Ufern des Euphrat standen. Wir haben sie uns als einen künstlich aufgeführten Terrassenberg vorzustellen, dessen einzelne Terrassen mit Baumreihen bepflanzt waren und deren Inneres Grotten und Gemächer enthielt.

Von einer Gartengestaltung in Europa hören wir erst viel später. Plinius der Jüngere beschreibt seine Villen und Gärten in Tuscum bei Toscana, wo das Klima rauh sei und wohl der Lorbeer, nicht aber der Oelbaum und die Myrte gedeihen. Einen anderen Charakter hatten die Gärten in der Umgebung öffentlicher Bäder, die für die Allgemeinheit in Rom von verschiedenen Kaisern errichtet wurden. Die Notwendigkeit hierzu wird dringend gewesen sein, denn das Rom zur Zeit des Kaisers Augustus hatte etwa zwei Millionen Einwohner und stand auf einer Grundfläche, die etwa 13000 Schritte Umfang maß. Die Ausgestaltung der Umgebung der Bäder bestand in schattenspendenden Bäumen und in von Hecken umgebenen Sitzplätzen.

Diese römische Gartengestaltung verbreitete sich aber nicht über die Alpen, sondern nach dem Orient und hielt sich hier, angepaßt an Klima und Vegetation, noch Jahrhunderte.

Ueber Gärten des Mittelalters wissen wir wenig. Gut erhaltene Ueberreste maurischer Anlagen in Spanien, z. B. der Alhambra, berechtigen zu der Annahme, daß bei Arabern und Mauren die Gartenkultur gepflegt wurde.

Im Deutschland Karls des Großen, also Ende des 8., Anfang des 9. Jahrhunderts, entstanden die Pfalzen wie Aachen und Ingelheim, die gewiß Mustergärten für die damalige Zeit aufwiesen. Träger der Gartenkultur waren hier hauptsächlich Mönche, die Obst- und Würzgärten anlegten, pflanzten und Heilkräuter anpflanzten. Später haben die Hohenstaufen an ihren Burgen Gärten angelegt, zu denen sie aus dem Orient und aus Italien, wohin sie durch die Kreuzzüge gekommen waren, die Anregung mitbrachten. Alle diese Gärten hatten architektonischen Charakter, den die Zeit der Renaissance wesentlich verbesserte.



Landschaftliche Gartengestaltung aus einer Parkanlage

Lorenzo v. Medici, der 1490 starb, ließ schöne, von Michel Angelo beschriebene Gärten ausführen. Einige der bekanntesten aus dieser Zeit sind der Garten Boboli am Palast Pitti, die Villa Aldobrandini bei Frascati, die Villa Borghese und die Villa d'Este in Tivoli bei Rom. Von ihnen ist noch heute ein großer Teil der prächtigen Gärten vorhanden, deren symmetrische Anlagen sich

über fünf Terrassen hinziehen, auf deren oberster der Palast steht, von dem aus man 500 Fontänen mit einem Blick übersah. Auch in Deutschland entstanden in der Renaissancezeit Anlagen, z. B. in Hellbrunn bei Salzburg, in Güstrow, in Stuttgart, die bekanntesten in Heidelberg — (die Terrassengärten neben dem Schloß), die leider im Gegensatz zu den italienischen Gärten ein unruhiges Vielerlei bieten und jede Einbeziehung des Schlosses in die Anlagen vermissen läßt.

Man kann wohl annehmen, daß die italienischen Gärten einen der größten Gartenkünstler, Lenôtre, zu seinen großartigen Schöpfungen in Frankreich anregten. Seine bekanntesten Werke sind der Park in Vaux le Vicomte —, in Chantilly, Saint Cloud, Groß-Trianon, Marty, der Tuileriegarten in Paris, vor allen aber der Park in Versailles. In ihm führte Lenôtre die Symmetrie mit aller Strenge durch, vermied aber kleinliche Zutaten, an denen die auf die Renaissance folgende Barockzeit sich nicht genug tun konnte. Die Verteilung von Licht und Schatten durch die kulissenartige Anordnung der Hecken ist von großer Wirkung. Er mußte noch eine radikale Wandlung des Geschmackes erleben. Immerhin fand sein Stil Nachahmung, z. B. in England im James-Park, in Italien im Schloßpark von Turin und noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland im Park von Sanssouci, in Wilhelmshöhe bei Kassel, in Veltshöchheim, im großen Garten in Dresden in Groß-Sedlitz bei Dresden und

in anderen Orten, wo aber zumeist landschaftliche Motive in die Umrahmung der Anlagen einbezogen wurden.

Die Geschmacksänderung ging von England aus. Man fühlte sich gelangweilt zwischen Hecken und Alleen und schuf daher Durchblicke in die freie Landschaft. Es entstand der englische Gartenstil, der sehr bald von Deutschland übernommen wurde, wo bis 1768 der Park in Wörlitz bei Dessau angelegt wurde, der noch heute durch seine gut umpflanzten Wasserflächen und seine vielen ausländischen Bäume, die sich inzwischen zu mächtigen Baumpatriarchen entwickelt haben, jeden Naturfreund entzückt. Die nun in Deutschland entstehenden vielen großen Parkanlagen aufzuführen, würde zu weit gehen. Die weitere Entwicklung der Gartenkunst können Sie zum Beispiel verfolgen am Parke in Schwetzingen, in Nymphenburg und am Englischen Garten in München, die vom bayerischen Gartenintendanten Schell geschaffen wurden. Richtunggebend für die Folge bis in unsere Zeit wurde in Deutschland ein Autodidakt, Fürst Pückler-Muskau, dessen Gartenschöpfungen ihren vollendetsten Ausdruck in seinem Park in Muskau in der Lausitz fanden. Wesentlichen Einfluß übte er auf die Gestaltung der Parkanlagen in Babelsberg und Altenstein bei Liebenstein aus. — In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts wirkte als Gartenintendant am preußischen Hofe Lenné (nicht Linné). Manche seiner Anlagen werden Ihnen bekannt sein, wie z. B. die Gartenanlagen der zoologischen Gärten in Köln, Berlin, Dresden, die der Pfaueninsel und am Charlottenhof und die der Orangerie bei Potsdam. Auch in Leipzig schuf er eine Perle unserer städtischen Anlagen, nämlich die Promenade zwischen Peterstor und Schwanenteich, wie sie in gleicher landschaftlicher Wirkung kaum eine andere deutsche Stadt innerhalb des Häusermeeres aufweisen kann, obwohl Verkehrsverhältnisse die Durchführung des Neumarktes durch die Promadenanlagen Anfang der 90er Jahre erzwangen. Auch der Johanna-Park ist eine Lennésche Schöpfung; beide wurden von dem späteren langjährigen Leipziger Gartendirektor Wittenberg, einem der letzten Lennéschen Schüler, ausgeführt. Wohl nur selten interessiert einen Spaziergänger der Name des Schöpfers der Anlage, und doch sollte ein Lenné, dessen Werke noch heute auch hier in Leipzig seine Kunst rühmen, der für die Gartenkunstbestrebungen von so hervorragender Bedeutung war und der Abertausenden Freude, Erholung und Belehrung schuf, nicht vergessen werden. Er ist es wohl wert, daß eine Straße in der Nähe der von ihm geschaffenen Anlagen seinen Namen führte.

Die folgende Zeit ist die des wirtschaftlichen Aufschwunges der 70er Jahre. Die Zunahme Berlins an Flächenraum und Bevölkerungsziffer ließ die Stadtverwaltung eine Gartenverwaltung einrichten und Anlagen schaffen wie den Treptower Park, den Friedrichshain, den Humboldthain, in denen die Einwohner sich ergehen konnten und in denen Spielplätze angelegt wurden. Der erste Gartendirektor war ein Schüler Lennés namens Meyer. Ihn zeichnete eine außerordentliche Befähigung zur Gestaltung landschaftlicher Anlagen aus. Großzügig ist seine Behandlung der Gehölzgruppen und Wiesenflächen. Viele andere deutsche Großstädte sind in Würdigung der sozialen Erfordernisse dem Beispiele Berlins gefolgt und haben Anlagen ausschließlich zum Nutzen der Allgemeinheit geschaffen. In diesen Anlagen wurden Meyersche Ideen vielfach schematisch verwendet und sie verbindet eine gewisse Ähnlichkeit, die durch die häufigen Wiederholungen einformig wirkt. Die Uebertragung des Meyerschen landschaftlichen Prinzips auf kleine Privatgärten, die man überall — auch hier in Leipzig — sehen kann, sind Uebertreibungen, wie man sie zu allen Zeiten beobachten kann.

Die landschaftliche Gartengestaltung öffentlicher Anlagen hat zum großen Teile heute viel von ihrer Bedeutung verloren; an ihre Stelle ist, wie auch auf anderen Kunstgebieten, die Sachlichkeit getreten, die geradezu erzwungen wurde durch die Fülle von neuen Aufgaben, die der Gartengestaltung in neuester Zeit gestellt wurden.

Haben bis zu Lenné und Meyer die Gartengestalter die Wünsche und den Geschmack eines Auftraggebers berücksichtigen müssen, so waren jene wohl die ersten, die Anlagen schaffen

durften, die nicht allein der Repräsentation dienten, sondern die im Auftrage von Stadtbehörden für die Allgemeinheit und die Förderung der Volksgesundheit arbeiteten. Die ersten Anfänge hierzu finden wir in den großen Rasenspielflächen im Treptower Parke und im Humboldthain in Berlin.

Anfang dieses Jahrhunderts suchten Männer, wie Lichtwark, Schulze-Naumburg, Muthesius, Läger nach neuen Gedanken für die Gartengestaltung. Diese wurden von unseren namhaftesten Gartenarchitekten, von denen ich nur Encke-Köln nenne, ausgebaut und für die Gartengestaltung verwertbar gemacht, so daß Deutschland heute hier wohl an der Spitze marschiert. Groß sind die Aufgaben, die heute der Gartengestalter zu bewältigen hat.

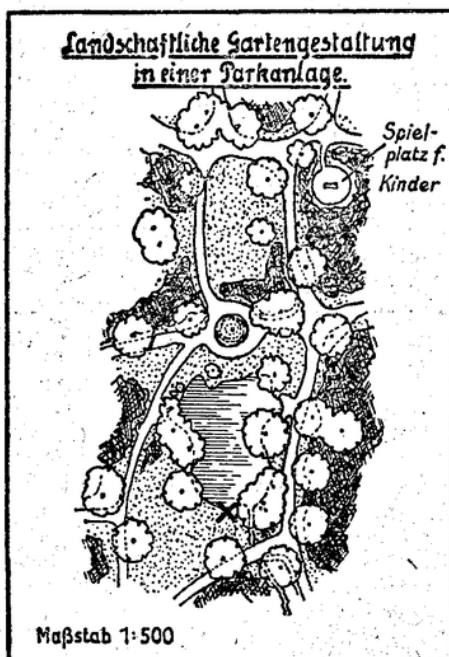
Leipzig ist eine von den wenigen glücklichen Städten, die über ausgedehntes Waldgebiet verfügen und in denen der Wald fast bis in die Stadt reicht. Es hat dadurch in volkshygienischer Hinsicht vieles vor manchen anderen Großstädten voraus.

Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises auf die Bedeutung, die alle Grünanlagen für die Volksgesundheit haben. Besonders ist der Wald, der auf den Deutschen von jeher eine starke Anziehungskraft ausgeübt hat, in der Leipziger Umgebung die größte und schönste Grünanlage. Man wird ihn, wenn er wie hier, nicht reinen Nutzeffekten dienen soll, nicht immer nach rein

wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandeln können und wird Kahlschläge zugunsten des Plenterbetriebes nach Möglichkeit vermeiden. — Freiflächen im Walde können zu Erholungsstätten für Schulen, Vereine usw. werden, doch möchten sie dann so gelegen sein, daß die Ruhe in dem von Spaziergängern benutzten Teile nicht gestört wird. — Wo Wald nicht in leicht erreichbarer Stadtnähe liegt, muß der Volkspark die Erholungsstätte der Allgemeinheit bilden. Er muß durch Wege aufgeschlossen werden, die so angelegt sind, daß sie den Besucher zu den schönsten Punkten führen, und daß sie zur Verteilung großer Volksmengen beitragen. Spielplätze für Kinder, Planschbecken, Sportplätze, Volkswiesen, Rodelbahnen sollten in keinem größeren Park fehlen. Wesentlicher Wert sollte auf die Ausstattung der Spielplätze gelegt werden. Hamburg ist hier in den letzten Jahren vorbildlich vorangegangen. Dort sind kleine geschmackvolle Kindertische und -stühle in bunten Farben aufgestellt, Spielgeräte aller Art, Sandhaufen, Trinkspringer zum Wassertrinken, Stillstuben, selbst kleine Bedürfnisanstalten fehlen nicht. Alles ist in guter Ausführung und guten

Formen hergestellt, so daß auch auf guten, ästhetischen Geschmack erzieherisch hingewirkt wird. Es liegt dann an den Erwachsenden, auf die Erhaltung des guten, sauberen Eindrucks durch das gute Beispiel und entsprechende Anhaltung der Kinder besorgt zu sein, und das ist nötig; denn nichts beeinträchtigt diesen so sehr als fortgeworfene Papiere, Schalen, Kerne und dergleichen. Solche Plätze werden von Kindern den schönsten Anlagen vorgezogen, denn ihnen liegt meist wenig am wohlgesitteten, ruhigen Spazierengehen, vielmehr bevorzugen sie, getrieben von einem gewissen Betätigungsdrange und wohl auch von phantasievollem Spielempfinden einen Sandhaufen, was man fast an jeder Straße beobachten kann, in der Tiefbauarbeiten vorgenommen werden. Daß in einem größeren Park, zumal wenn er in einiger Entfernung von der Stadt liegt, ein Milchsausschank oder eine Erfrischungsstätte angebracht ist, erwähne ich nebenher.

In deutschen öffentlichen Anlagen spielen Platzflächen eine nicht unwesentliche Rolle. In Frankreich zieht man ihnen die Boulevards vor. Die häufig mit Blumenschmuck ausgestatteten Platzanlagen dienen zum Teil repräsentativen Zwecken, wie z. B. solche in der Nähe der Bahnhöfe oder öffentlicher Amtsgebäude, zum Teil sind sie aus ästhetischen Rücksichten entstanden, um durch die Laubkronen der den Platz umgebenden Bäume die Raumwirkung zu steigern, zuweilen auch um unschöne Häuserfassaden zu verdecken. Oft auch muß die Gartenverwaltung ein bei der Straßenführung liegende Verlegenheitsdreieck durch Anlagen verschönen. So berechtigt Gartenanlagen auf größeren Plätzen sind und hier zur Verschönerung des Stadtbildes dienen, so wenig zweckentsprechend sind sie auf kleinen Plätzen und Plätzchen, die häufig einen Sammelpunkt für Kinder bilden. Deren Bewegungsfreiheit sollte man hier nicht noch durch





Rasenstreifen einschränken. Eine Kiesfläche mit einigen schattenspendenden Bäumen genügt hier zur gärtnerischen Ausstattung; wichtig ist ein großes Sandbassin zum Spielen für die Kinder, eine Anzahl Kinderbänke und Bänke für die Begleitung der Kinder. Auf größeren Plätzen wird auch ein Planschbecken zur Unterhaltung und gesunden Bewegung der Kinder beitragen.

Schon jede platzartige Erweiterung ist gesundheitsfördernd; denn auf ihr fehlen zumindest die Gebäude, die im Sommer am Tage die Sonnenglut aufspeichern, um sie in der Nacht wieder abzugeben. Jede Art von Anlagen ermöglicht dem Städter ein freieres, gesünderes Atmen. Daß Grünanlagen durch Kohlen säurevernichtung und Sauerstofferzeugung direkt Luftverbesserer sind, kann nach Pettenkofer nicht behauptet werden, sie wirken aber ihrer Verschlechterung entgegen. Der Zweck von Freiflächen besteht darin, daß auf ihnen Sonne, Luft und Wind ihren wohltätigen Einfluß auf den Organismus ausüben können. Gegen Bleichsucht, Skrofulose, Tuberkulose wird Aufenthalt im Freien verordnet; er ist wohl auch das beste Vorbeugungsmittel gegen diese Krankheiten, daher sollten Plätze, Anlagen, Freiflächen in jedem Stadtviertel leicht erreichbar sein.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit der körperlichen Kräftigung ist es auch, die der Schrebergarten-, Siedlungsbewegung usw. die Förderung durch die Behörden eingetragen hat.

Nach einer Untersuchung des Dr. Ammon-Karlsruhe, die schon vor dem Kriege angestellt wurde, hat sich ergeben, daß von 100 Menschen, die vor 100 Jahren in einer Großstadt lebten, in der nächsten Generation nur noch 57 Nachkommen vorhanden waren, in der zweiten Generation 31, in der dritten 17, in der vierten verschwinden sie ganz. Fände nicht ein beständiger Zuzug vom Lande statt, dann müßten die Großstädte mit der Zeit aussterben. Die durch den Krieg verlorenen Provinzen stellten ein großes Kontingent für die Zuwanderung nach der Stadt. In den Siedlungskolonien sollen nun die Städter die Lebensbedingungen finden, die ihnen innerhalb des Häusermeeres nicht geboten werden können. Hier soll unter dem Einfluß von Luft, Licht und Wind ein gesundes, kräftiges Geschlecht heranwachsen, das der Zermürbung durch die Großstadt widersteht. Hier soll auch das ältere Geschlecht nach den Lasten des Tages im Schreber- und eigenen Garten Erholung und Kräftigung finden. Im Garten, der allen sichtbar ist, wird man gern für eine freundliche Gestaltung sorgen. Zur Zierde eines einfachen Gartens genügen einige Obstbäume im Rasen, ein Beet mit Küchenkräutern, etwas Gemüse, Blumen und eine einfache, freundliche Laube. Der günstige Einfluß der Gartenarbeit auf den Körper ist bekannt; nicht zu verkennen ist auch die ethische Seite des Gartenbaues. Das Kind, das sich im Garten nützlich macht, trägt dadurch zum Wohlbefinden der Familie bei. Wer das Werden und Vergehen in der Natur betrachtet und sich am Gedeihen der von ihm gepflegten Bäume und Blumen erfreut, wird keinen Baumfrevler dulden. Den Garten sollte sich jeder nach seinen Neigungen anlegen, bei seiner Aufteilung aber Rücksicht auf Lage des Wohnhauses und der Laube nehmen und sich hierbei vom Fachmanne beraten lassen. Zu große Gartenflächen sind nicht zu empfehlen. Wer sie selbst bearbeiten will, sollte sich mit 300 bis 400 Quadratmetern begnügen. Ein ausgedehnter Garten wird leicht zur Last, man bleibt mit der Pflege im Rückstande und verliert dann die Freude an ihm. Zuweilen wird auch die Größe dazu verleiten, Produkte zum Verkaufe zu ziehen und ästhetische Rücksichten hintenanzusetzen. Jedenfalls sollte jeder Garteninhaber je nach seinen Neigungen und seinem persönlichen Geschmack seinen Garten zum Obst-, Gemüse- und Blumengarten gestalten. Gute Grundaufteilung und saubere Unterhaltung bleiben die Hauptsache. Die Lage des Gartens muß alle Bedingungen für freudiges Gedeihen der Anpflanzungen erfüllen. Dazu ist nötig, daß sein Hauptteil an der Sonnenseite liegt. Wie die Lage des Wohnhauses von der Himmelsrichtung und weniger von der Straßenfront abhängig sein sollte, so müßte die gleiche Rücksicht auch auf den Garten genommen werden. Zu bevorzugen ist stets die regelmäßige Aufteilung. Der Blumengarten gehört möglichst in Hausnähe. Es ist noch viel zu wenig bekannt, welche Fülle von Einjahresblumen in herrlichen Farben und reichblühenden Arten wir besitzen. Gute Beispiele können zur Belehrung dienen, wie es z. B. in Hamburg geschieht, wo innerhalb einer Parkanlage in Beispiel und Gegenbeispiel, gute und geschmacklose Hausgärten ausgeführt sind. Zwischen Haus und Garten muß eine innige Verbindung bestehen; denn der Garten soll die erweiterte Wohnung sein. Man erwartet daher, daß er ebensomuch gehalten wird wie sie. — Man hüte sich vor dem alten Rezept, in einem Hausgarten Bodenbewegungen, Gebirgsgruppen und Landschaften erstehen lassen zu wollen, sie sind Geschmack-

losigkeiten, die sich hier und da eingestrichelt haben, die aber mit der Zeit dem Inhaber die Freude am Garten nehmen, zumal wenn er die Schönheit, die in der Einfachheit liegt, bei Nachbarn kennengelernt hat.

Eine für das Volkswohl wichtige Einrichtung, die seit dem Kriege zu einem besonders bedeutsamen Faktor geworden ist, besteht in der Anlage von Sportplätzen, die in den Wald, den Park oder doch in den Grüngürtel einbezogen werden sollten. Die Schaffung eines Grüngürtels wird heute von vielen Großstädten angestrebt; Köln ist im Begriff, ihn in vorbildlicher Weise durchzuführen. Ihre Planung ist Sache der Bauämter, doch können solche Entwürfe der Mitarbeit des Gartenfachmannes nicht entbehren.

Auch die Anpflanzung und Erhaltung von Straßenbäumen gehört in das Gebiet der Gartenkunst. Einige Lichtbilder aus Mittelstädten (Landshut, Ludwigsburg, Querbach in Hessen) zeigen Ihnen, wie eine Baumgruppe zur Verschönerung eines Stadtbildes beitragen kann. Bei Straßenpflanzungen ist Vorsicht in der Auswahl der Baumarten geboten, sonst werden sie mehr ein Nachteil als eine Freude. Schnellwachsende Bäume, wie Platanen, Rüstern, soll man in bebauten Straßen nicht auf 6 bis 8 Meter breite Fußwege pflanzen. Hier verdunkeln sie die Wohnungen und Geschäftslokale, nehmen etwaigen Vorgärten Licht und Luft und verhindern nach feuchtem Wetter das Austrocknen der Straßen. Manche Baumarten, wie Kastanien, bilden in Parkanlagen schöne Kronen und halten auch das Laub bis in den Herbst; als Straßenbäume verlieren sie meist frühzeitig die Blätter und bilden, wenn sie Früchte ansetzen, einen Anziehungspunkt für die Betätigung der Kinder, auch gelten sie dann bei den Straßenreinigungskolonnen als wenig geschätztes Objekt. Andere Baumarten werden leicht von Ungeziefer befallen, kurz es gibt allerlei Rücksichten, die man bei der Auswahl der Bäume für die Straßenpflanzung walten lassen muß, auf die ich hier wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht eingehen kann.

In die Grüngürtel wird man neben den schon erwähnten Schrebergartenkolonien, Siedlungen, Parkanlagen, Sportplätzen auch die Friedhöfe nach Möglichkeit einbeziehen. Sie liegen heute schon größtenteils an der Stadtperipherie, nehmen ein großes Gelände ein und sind mit zu den Lungen der Großstadt zu rechnen. — Die Einzelzelle des Friedhofes ist das Einzelgrab und der Friedhof wird den am meisten befriedigenden Eindruck machen, in dem sich harmonisch ein Grab an das andere reiht. Die Harmonie wird aber leider nur zu oft dadurch gestört, daß ein Nachbar den anderen durch Verwendung auffälliger Grabsteine oder solcher von besonderer Größe zu übertrumpfen sucht. Wer sein Grab bepflanzen läßt oder einen Denkstein setzt, übernimmt einen Teil der Verantwortung am Gelingen des Gesamtbildes. Die Kultur eines Volkes wird nur zu häufig nach dem Zustande des Friedhofes beurteilt. Mit der Vervollkommnung der Maschinen zur Bearbeitung der Steine entstand dem Steinmetzgewerbe eine erdrückende Konkurrenz. Die Steinmetzen wurden größtenteils Händler, und vertrieben viele schlechte Grabsteine, die, als Massenartikel hergestellt, noch heute zuweilen als Scheußlichkeiten auf die Friedhöfe gelangen. Jeder Friedhofsleiter muß sich von der kommenden Gestaltung des Friedhofes eine bestimmte Vorstellung machen und dahin streben, diese zu erreichen. Das ist unmöglich, wenn jeder Grabstelleninhaber seinem persönlichen Geschmack und Ungeschmack die Zügel schießen läßt. Er muß sich in einen Rahmen einpassen, der in weitgehendem Maße auf die Psyche des Mitmenschen Rücksicht nimmt, ihm selbst aber natürlich gewisse Ausschreitungen oder Uebertreibungen verbietet. Diesen Rahmen bildet die Denkmalsordnung. Ihr sollte sich jeder fügen, da ihre Befolgung nicht nur dem Gesamteindrucke eines Friedhofes, sondern auch seiner eigenen Grabstelle zugute kommt. Eine gewisse Einfachheit wird zumeist künstlerisch befriedigend wirken. Die Inschrift ist ein wichtiger Teil des Denkmals; sie muß sich dem Grabmal harmonisch eingliedern, in richtiger Höhe angebracht und geschmackvoll auf der Fläche verteilt sein. Ihr Inhalt sei kurz — sie kann trotzdem vielsagend sein. Poetische Ergüsse und tränenreiche Verse zeugen nicht von gutem Geschmack.

Durch Denkmalsordnungen und Vorschriften wird freilich noch keine Friedhofskultur ins Leben gerufen, aber es kann auf sie nicht verzichtet werden, um wenigstens die größten Auswüchse in der Geschmacklosigkeit zu verhindern. Die beste Erziehung zu gutem Geschmack wird immer das gute Beispiel sein und, wo Gelände und Mittel vorhanden sind, dessen Vorführung in einer Mustergruppe. Jeder Friedhofsbesucher sollte dahin kommen, gute und schlechte Denkmalsformen unterscheiden zu lernen und geschmacklose Massenfabrikationsware abzulehnen.

Die Grabpflanzung und -pflege ist der Gradmesser der Pietät und der Ausdruck der Liebe oder Dankbarkeit gegen den Verstorbenen. Einige bescheidene lose Blumen, ein Strauß, ein kleiner Immortellenkranz können von mehr Liebe und Pietät zeugen, als überladene große Dekorationen. Es gehört aber zu solch gutem Eindruck auch ein entsprechendes Gefäß, in das man den Strauß stellt. Konservenbüchsen, alte Biergläser, angebrochene Blumenvasen, die für das eigene Heim nicht mehr gut genug sind, wirken ernüchternd und pietätlos; sie sind Geschmacklosigkeiten, die den zuweilen rührenden Eindruck einzelner aufs Grab gelegter Blumen total vernichten.

Ein hoher Grabhügel wirkt unschön und ist unpraktisch. Wird er noch mit Blumen bepflanzt, dann verdeckt er oft einen Teil des Steines und läßt die Inschrift nicht erkennen. Harmonischer als ein hoher Hügel fügt sich in die Anlage das 15 bis 20 Zentimeter hohe Grabbeet ein oder ein zu ebener Erde hergestelltes Blumen- oder Efeubeet. Die gleichartige Bepflanzung aller Hügel mit einer Blumenart würde wohl den befriedigendsten Eindruck hervorrufen! Eine dahingehende Vorschrift ist auch auf manchen Friedhöfen bereits eingeführt, ich kann mich aber für eine derartige Bevormundung der Grabinhaber aus psychischen Gründen nicht erwärmen. Die Anpflanzung schmaler pyramidal wachsender Bäume (oder hochstämmiger Rosen) zu beiden Seiten des Denksteines trägt dazu bei, daß sich im Laufe der Jahre über den Friedhof ein grüner Schleier breitet, der uns die alten Friedhöfe so malerisch und traulich erscheinen läßt. Es dürfen aber nicht Bäume gewählt werden, die durch ihr Wachstum das Gedeihen der Nachbargräber beeinträchtigen. Niemand kann Anspruch auf mehr Grabfläche erheben, als ihm für seine Grabstelle zugestanden ist. Reichen die Zweige der angepflanzten Gehölze über diese Grenze in die des Nachbarn hinein, dann kann dieser das Zurückschneiden der Bäume verlangen.

Ein Friedhof soll ein Ort des Friedens sein, auf dem Haß und Streit jeder Art keinen Platz finden. Er soll nicht die trostlose, niederschmetternde Wirkung unserer großen kahlen Kriegerfriedhöfe im Auslande auslösen; wir erwarten von deutschen Friedhöfen, daß sie etwas Freundliches, Tröstliches haben, das uns über das Grau der Trauer und des Schmerzes hinaushebt. Diesem Ziele kommen wir vielleicht näher, wenn wir in den Friedhof freundliche Parkpartien einbetten, mit schönen Bäumen umrahmt und mit Blicken über das beruhigende Grün eines Rasenteppichs. Diese Partien dürfen besonders reich an Blumenschmuck sein, ohne daß dieser aber überladen wirkt. Was gibt es denn Tröstlicheres als die Beobachtung der Natur in ihrer ungeheuren Mannigfaltigkeit und ihrem ewigen Vergehen und Werden? Die früher üblichen, schachbrettartig aufgeteilten Friedhöfe boten für solche Ausgestaltung kaum Gelegenheit. Als aber Ende der 70er Jahre Hamburg vor der Aufgabe stand, einen Zentralfriedhof zu schaffen, der die Verstorbenen des ganzen Stadtgebietes aufzunehmen in der Lage sei, da schuf man den ersten Parkfriedhof mit der Absicht, durch die geschwungenen Wege und ihre Einfassung mit Gehölzstreifen das Friedhofselend, das durch den Niedergang der Kunst des Steinmetzen und durch das massenhafte Angebot billiger und geschmackloser Fabrikate sich auf den Grabfeldern in aufdringlicher Weise breit machte, wenigstens zu verdecken. Dem Hamburger Beispiel folgten viele andere Großstädte nach — mit in erster Linie Leipzig.

In solchen Parkfriedhöfen ist natürlich die Belegung jeder Fläche nicht möglich, ein Teil muß der Verschönerung des Friedhofes dienen. Da sowohl Fahr- wie Fußwege, Pflanzungen, platzartige Erweiterungen einen wesentlichen Teil des Geländes beanspruchen, beträgt die reine Belegungsfläche oft nur 30 bis 40 Prozent des Areals. Das bedeutet eine nicht unwesentliche Belastung, hierzu kommt, daß die Uebersichtlichkeit und die Orientierung erschwert ist. Man strebte daher nach einer Lösung, die eine intensivere Ausnutzung des Geländes gestattet, ohne den landschaftlichen Charakter des Friedhofes zu verleugnen. Dieser Zweck ist bei den Neuanlagen, wie z. B. Hannover erreicht. Es werden hier nicht zu große Abteilungen geschaffen, die durch Gehölzpflanzung oder Hecken eingefast werden, wodurch eine angenehme Raumwirkung entsteht. Auch die in Angriff genommenen Erweiterungsanlagen auf dem hiesigen Südfriedhofe berücksichtigen die angeführten Gesichtspunkte.

In den letzten Jahren sind Städte, die über ein großes Waldgebiet verfügen, dazu übergegangen, Waldfriedhöfe zu schaffen. In alten Waldbestand werden Gräberfelder eingebettet. Natürlich müssen hierfür Blößen geschlagen werden, während Einzelgräber zwischen die Bäume gelegt werden. Solche Waldfriedhöfe, die von großem Reize sind, haben bereits Frankfurt am Main, Stuttgart, Bielefeld, Stahnsdorf bei Berlin und vor allem München. Der Platzverbrauch ist natürlich außerordentlich groß. Den schönsten Wald weist der Münchener Waldfriedhof auf, der einen besonders tiefen Eindruck hinterläßt, weil alle baulichen Gegenstände von der einfachsten Abteilungstafel über Grabstein, Schöpbecken bis zu den Kapellen nach Form und Material künstlerisch einwandfrei hergestellt sind.

Ich streife noch kurz die Urnenbeisetzungsstätten. Man ist glücklicherweise zumeist davon abgekommen, Urnen oberirdisch aufzustellen; sie werden in der Erde beigesetzt und ein kleines Beet 0,60 × 0,80 Meter groß darüber angelegt. Die Platzersparnis ist gegenüber der Erdbestattung wesentlich; je nach der Dichte der Anordnung dieser Grabstellen beträgt sie etwa 50 bis 66 Prozent. Eine zu große Sparsamkeit kann auch hier nicht empfohlen werden, sie geschieht auf Kosten des Allgemeineindrucks. Die älteste heute noch vielfach übliche Beisetzungsweise ist die im Kolumbarium. Aesthetisch befriedigend sind diese Kolumbarien nirgends. Die Angehörigen haben hier auch zu wenig Gelegenheit, ihrer Pietät durch Schmücken der Stelle mit Blumen Ausdruck zu geben.

Friedhöfe sind Anlagen, die einen ähnlichen Zweck erfüllen wie Parkanlagen, in hygienischer Hinsicht aber unbedingt notwendig sind. Man kann von ihnen billigerweise nicht erwarten, daß sie einen Gewinn abwerfen, wenngleich das Bestreben dahin gehen muß, den Zuschuß so niedrig wie möglich zu halten.

Ich komme zum Schluß. Ich habe versucht, Ihnen eine ganz kurze Uebersicht über die wichtigsten Phasen in der historischen Entwicklung der Gartengestaltung zu geben und habe Aufgaben erwähnt, die durch die Gegenwart an den Gartenfachmann gestellt werden. Die Erfüllung solcher Aufgaben erfordert große Mittel. Möchten die langen Jahre wirtschaftlicher Depression endlich vorüber sein und möchten sie einem wirtschaftlichen Aufschwunge weichen, der es den Städten ermöglicht, die im Interesse der Volksgesundheit wünschenswerten Aufwendungen zu machen zur Freude und zur Erholung ihrer Einwohner und zur Kräftigung des heranwachsenden Geschlechts!

## Kommunale Gasfernversorgung in Hessen

Über die Gründung der „Hekoga“ (Hessische Kommunale Gasfernversorgung) berichteten wir schon kurz in Nr. 10 der „Gewerkschaft“. Im Hessischen „Volksfreund“ vom 27. März 1928 schreibt nun Staatsrat B. Karcher, Darmstadt, darüber ausführlich. Wir entnehmen dem Artikel das Folgende:

In den Satzungen und Verträgen ist daran festgehalten worden, daß eine Beteiligung des privaten Kapitals an der Gesellschaft ausgeschlossen bleibt und eine Majorisierung der beteiligten Gemeinden, Gemeindeverbände und Städte dadurch vermieden, daß die Anteilquote der Städte nie mehr als 49 Prozent betragen darf und auch die Beteiligung der Provinzen und Kreise diese 49 Proz. nicht übersteigen darf. Der hessische Staat vertritt als ausgleichendes Element 2 Proz. des Anteilkapitals. Die Gesellschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, deren Organe jedoch dem Aktienrecht nachgebildet sind. Die Organe der „Hekoga“ sind die Generalversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand. Damit ist die Initiative und der Einfluß im ganzen Geschäftsgebaren der „Hekoga“ aus der Zuständigkeit der Stadt-

verordnetenversammlungen der beteiligten Städte und aus den Vertreterkörperschaften der Kreise und Provinzen (Kreis- und Provinzialausschüsse) auf diese Organe übertragen. Daraus ergibt sich aber auch für diese Körperschaften die Notwendigkeit einer sehr sorgfältigen Auswahl der zu entsendenden Vertreter in den Aufsichtsrat und für diesen wiederum eine geeignete Personenwahl für den endgültigen Vorstand.

Mit der Gründung der Gesellschaft und der Annahme der Verträge durch die beteiligten Körperschaften ist nur der Rahmen, die Verfassung geschaffen, innerhalb deren die weitere Arbeit sich nun zu vollziehen haben wird. Der provisorisch eingesetzte vorläufige Vorstand kann natürlich irgendwelche bindenden oder die Gesellschaft verpflichtenden Abmachungen mit Dritten nicht treffen, da er nicht vom Aufsichtsrat bestellt ist und auch noch nicht bestellt werden konnte, weil der Aufsichtsrat selbst sich noch nicht konstituiert hat. Trotzdem wird dieser die großen Fragen, die nun innerhalb der Gesellschaft zu einer Lösung heranreifen, behandeln und vorbereiten müssen.

Die Aufgaben der „Hekoga“ sind in dem Gründungsvertrag

sehr genau und eingehend umschrieben. Danach ist mit allen Mitteln eine Senkung des Gaspreises anzustreben. Wenn die Belieferung aus den bestehenden Gaswerken nicht mehr wirtschaftlich ist, so ist die Frage der Errichtung eines eigenen Gaswerks für die Gesamtheit oder einen Teil der in der „Hekoga“ zusammengeschlossenen Gemeinden oder des Fremdbezugs des Gases durch freie Verständigung unter den Beteiligten zu lösen. Unter allen Umständen gilt, daß die Herstellung des Gases und seiner Nebenprodukte durch ein Gemeinschaftswerk innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsbereichs dem Bezug des Gases von außerhalb der „Hekoga“ stehenden Großherstellern solange vorzuziehen ist, als sich nicht der Fremdbezug des Gases wirtschaftlich zweckmäßiger erweist. Dabei ist die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Koks und die mit dem Fremdbezug des Gases verbundene Aufgabe des kommunalen Bestimmungsrechts besonders zu berücksichtigen. Wenn Verträge und Abmachungen einen Sinn haben sollen, so muß angenommen werden, daß nach den Grundsätzen von Treu und Glauben danach gehandelt wird. Es muß also verlangt werden, daß mit allen Mitteln eine Senkung des Gaspreises angestrebt und bei der Auswahl der Mittel, um zu diesem Ziel zu gelangen, die Wege beschränkt werden, die man sich als richtunggebend selbst vorgezeichnet hat. Ohne die Verhandlungen wegen des Fremdbezugs irgendwie aufzuhalten, wäre im Schoß der Gesellschaft von sachverständiger Seite zu prüfen und zu berechnen, ob und wie weit die bestehenden Werke im Rahmen ihrer Ausbaufähigkeit für die Dauer einer Uebergangszeit in den Dienst des gemeinsamen Zieles gestellt werden können, und daneben wäre die Frage zu prüfen, ob nicht doch die Errichtung einer an der großen Wasserstraße, am Rhein, gelegenen Großkokerei in der Regie der „Hekoga“ dem Ziel rascher näher kommt. Ich denke dabei an die Versorgung nicht nur der Gründer der „Hekoga“, sondern des ganzen Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebietes mit Einschluß von Frankfurt a. M., Mannheim-Ludwigshafen, gegebenenfalls mit Karlsruhe, Stuttgart usw. Ob dabei die Erzeugungsstätte nach Mainz oder nach Mannheim zu liegen kommt, ist in erster Linie ein Rechenexempel und eine Frage der Zweckmäßigkeit.

Ich muß offen gestehen, daß nach allem, was in der Frage des Fremdbezuges sich entwickelt hat, diese Form der Wirtschaft auf die Dauer für die beteiligten Kommunen eine Reihe von Gefahren mit sich bringt, ohne die Dauervorteile hinsichtlich des Preises und der Selbständigkeit in der Verwertung der Nebenprodukte sicherzustellen. Das gilt in erster Linie bei einem Bezug des Gases von der Ruhr durch die Kohlenverwertungsaktiengesellschaft. Mag sein, daß diese Gesellschaft in der Preisstellung ein günstiges Angebot machen kann, weil die Ruhrkohle das Gas ja sozusagen als Nebenprodukt abstößt und es ihr weniger auf die Gasversorgung als solche, als vielmehr auf die monopolistische Beherrschung der Energiewirtschaft überhaupt ankommt. Zur Erreichung dieses Zieles lassen die Ruhrkohlenzechen es sich fürs erste viel Geld kosten, sonst hätte die Kohlenverwertungs-A.-G. nicht mit Hannover die Lieferung abschließen können, obwohl die Gesellschaft weiß, daß es sich dort vorläufig um ein Verlustgeschäft handelt. Schon die Transport-

kosten bedingen einen bestimmten Aktionsradius. Der Generaldirektor B. Heck-Dessau hat bei einem Vergleich der Transportkosten zwischen Kohlen und Gas nachgewiesen, daß schon bei einer Entfernung von 500 km der Kokereitransport etwa 300 Proz. des heutigen Wertes beträgt, während der Transport der Wärmeeinheit in der Kohle bei dieser Entfernung nur 80 Proz. kostet. Jedenfalls würden sich die Kommunen jeden Einflusses auf die spätere Tarif- und Preisgestaltung nicht nur bei Gas, sondern insbesondere auch bei allen Nebenerzeugnissen, wie Koks, Teer, Benzin usw. begeben, ganz abgesehen von der Aufgabe der kommunalen Selbständigkeit.

Es ist aber auch nicht notwendig, daß die „Hekoga“ sich unbesehen in einer Verzückung von Liebe und Freundschaft der Frankfurter Gasgesellschaft an den Hals wirft und um Aufnahme in die dortige Gemeinschaft ersucht. Ganz abgesehen davon, daß die Frankfurter Gasgesellschaft oder die Stadt Frankfurt mit der Stadt Mannheim zusammen die Südwestdeutsche Gasgesellschaft „zur Versorgung der hessischen Städte und Gemeinden mit Gas“ gegründet hat, ohne die beteiligten hessischen Städte und Provinzen auch nur zu hören, kann doch die „Hekoga“ als nicht zu unterschätzendes Wirtschaftsgebilde, das sie nunmehr darstellt, und als begehrenswerter Abnehmer mindestens verlangen, daß ihr ein prüfungsfähiges, ernstes Angebot auf Gaslieferung gemacht wird. Schon die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verpflichtet die „Hekoga“, ihre wichtigsten Interessen im Sinne der eigenen vertraglichen Verpflichtungen zu wahren und ihre Selbständigkeit sicherzustellen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß, wenn sich der Fremdbezug als wirtschaftlicher erweisen sollte; ich dem gleichwertigen Angebot von Seiten einer kommunalen oder auch gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung gegenüber dem Angebot einer privatkapitalistischen Gesellschaft stets den Vorzug geben würde. Eine etwaige engere Verbindung mit Frankfurt würde die Prüfung der Frage voraussetzen, wie sich der von Frankfurt mit Köln unternommene Kohlenfelderkauf finanziell und wirtschaftlich für die Beteiligten auswirkt und ob nicht mit einem Beitritt der „Hekoga“ zur Frankfurter Gasgesellschaft der privatkapitalistische Einfluß des R.W.E. endgültig beseitigt werden könnte, ohne die Kohlenbasis zu verlieren. Aber damit komme ich wieder auf den Ausgangspunkt. Es ist richtiger, Frankfurt und Mannheim sowie Ludwigshafen schließen sich der „Hekoga“ an und schaffen damit ein unumstößliches wirtschaftliches Bollwerk auf rein kommunaler Grundlage gegen die Monopolisierungsbestrebungen der privatkapitalistischen Kohlenverwertungs-Aktiengesellschaft.

Erst wenn in dieser oder ähnlicher Weise einer großzügigen Lösung der für die Kommunalverbände und Städte lebenswichtigen Frage der Gasfernversorgung grundsätzlich der Weg ebnet ist, können mit Aussicht auf Erfolg andere Wirtschafts- und Versorgungsfragen der Gemeinden eines einheitlichen großen Wirtschaftsgebietes in Angriff genommen werden. Es würde sich dabei in vorliegendem Falle um ein Gebiet handeln, dessen Versorgungsradius weit unter 100 km liegt und dessen wirtschaftliche Bedeutung dadurch gekennzeichnet ist, daß es auf engem Raum eine in die Millionen gehende Bevölkerungszahl aufweist.

## Aufbereitung des Trinkwassers

Von Chef-Chemiker K. Braungard, Berlin

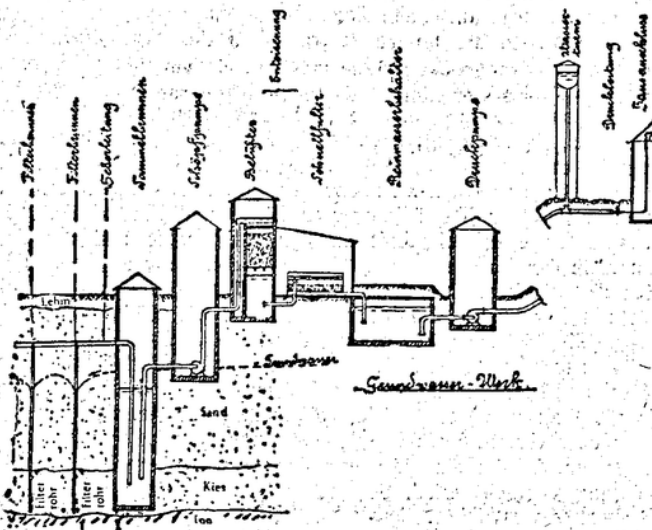
Zwei Wasserarten sind zu unterscheiden: das Grundwasser und das Oberflächenwasser. Unter Oberflächenwasser verstehen wir das Wasser, das mit der äußeren Luft in Berührung steht. Grundwasser bildet meist, ebenso wie das Oberflächenwasser, Ströme und Seen. Sache der Fachleute ist es, die Stellen für die Errichtung der Wasserwerke an ausgiebigen Grundwasserströmen ausfindig zu machen. Grundwasser aus genügender Tiefe entnommen, ist bakterienfrei. Eine Reinigung in sanitärer Beziehung ist also hier nicht erforderlich. Oberflächenwässer sind dagegen nicht bakterienfrei; sie sind um so stärker verunreinigt, je näher sie dem Weichbild einer Großstadt liegen, da sie ja als die natürlichen Vorfluter gelten können, wozu noch die großen Mengen der Industrieabwässer kommen. Auch direkte Uebertragung von Krankheitskeimen an das Wasser durch Mensch und Tier ist bei regem Schiffs- und Badebetrieb nicht ausgeschlossen. Hier muß also eine sanitäre Reinigung des Wassers durch die Filtration oder Bakterienabtötung (Chlorung) einsetzen.

Die Gesundheitsschädlichkeit eines Oberflächenwassers ist nicht sein einziger Fehler. Häufig hat derartiges Wasser noch einen unangenehmen Geruch und Geschmack sowie völlig un-

geeignete Temperatur. Es wird zwar durch die Bakterienabtötung der schwerste Uebelstand, die Gesundheitsschädlichkeit, beseitigt, aber kein Trinkwasser gewonnen, das die anderen berechtigten Forderungen erfüllt: Klarheit, Farblosigkeit, Geruch- und Geschmackfreiheit. Ferner soll Wasser im Winter nicht zu kalt und im Sommer nicht zu warm sein, überhaupt eine derartige Beschaffenheit besitzen, daß es gern genossen wird.

Bei Reinigung von Oberflächenwasser muß trotz aller Erfolge in der Entwicklung der Filtertechnik und in der chemischen Vorbehandlung dieser Wasserart, die auch in der Verbesserung der Dosierungseinrichtungen für Chlor ihren Ausdruck findet, mit einem eventuellen Versagen der Reinigungsmaßnahmen gerechnet werden, sei es einem Versagen der Anlagen an sich oder aber einem Versagen durch nachlässig geübte Kontrolle oder übermäßige Inanspruchnahme. Eine zu geringe Dosierung des Chlors kann zu einer Wiederanreicherung an Bakterien führen. Denn die im Oberflächenwasser enthaltenen organischen Substanzen werden durch die Chlorung nicht beseitigt und können die Unterlage für eine Vermehrung der Bakterien bilden. Deshalb muß zur sicheren Abtötung der Keime ein immerhin im Geruch und Geschmack für empfindliche Menschen merkbarer Ueber-

schuß an Chlor vorhanden sein. Ob aber der dauernde Genuß eines derartigen Chlorüberschusses, selbst wenn er durch die Sinne nicht wahrgenommen werden kann, nicht doch hygienische Bedenken erregen muß, ist zum mindesten zweifelhaft. Diese



Darlegungen dürften auch für sogenannte „Misch“-wässer gelten, wie z. B. für das Berliner Trinkwasser aus den städtischen Werken, die ein Recht auf Entnahme von Oberflächenwasser haben und in warmen Sommern etwa 25 Prozent Oberflächenwasser ihrem Grundwasser zusetzen.

Grundwasser ist dem Oberflächenwasser vorzuziehen.

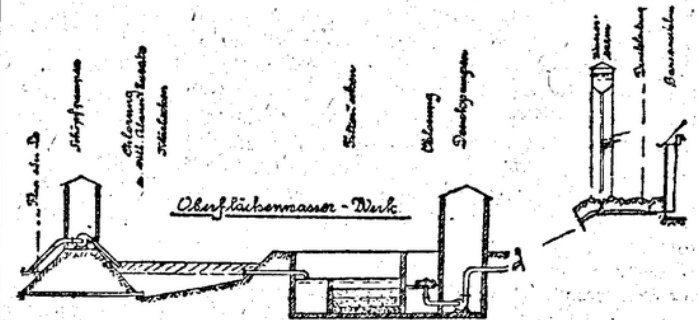
Entsprechend den verschiedenen Eigenschaften des Grundwassers und Oberflächenwassers ist die Anlage der Wasserwerke verschieden, je nach dem Wasser, das sie an die Bevölkerung weiterleiten.

Wir geben hier das Schema eines Grundwasserwerks und eines Oberflächenwasserwerks. Bei dem Grundwasser beschränkt sich im allgemeinen die Behandlung auf die Entfernung des Eisens aus dem Wasser, da das Wasser sonst bräunlich gefärbt an die Entnahmestelle kommen würde. Daneben muß zur Erhaltung der Leitungen und zur Vermeidung von Rostbildung die meist im Grundwasser vorkommende Kohlensäure entfernt werden. Das nur selten vorhandene Mangan muß gleichfalls beseitigt werden. Grundwasser, das zuviel Salz (z. B. in Kaligegenden) oder zuviel Huminsäure (z. B. in Braunkohlengebieten) enthält, ist für die Trinkwasserversorgung unbrauchbar.

Schematisch dargestellt, erhalten wir danach von einem Wasserwerk, das eisen- und kohlenstoffhaltiges Grundwasser zu verarbeiten hat, ungefähr folgendes Bild:

Im Wasserhaltungsgelände sind mehrere Brunnen bis zum Grundwasserstrom heruntergeführt, die für gewöhnlich durch Heberleitungen mit einem Sammelbrunnen verbunden sind. Aus diesem wird das Wasser durch die Schöpfpumpen auf die aus Belüfter und Filter bestehende Enteisenung gedrückt, von der das Wasser, von Eisen und Kohlensäure befreit, in den meist unterirdischen Reinwasserbehälter läuft. Aus diesem entnehmen die Druckpumpen das Wasser und drücken es in die mit einem Wasserturm als Druckregler ausgestatteten Hauptrohre, die das Wasser dem Verbraucher zuführen.

Die Behandlung des Oberflächenwassers ist komplizierter. Hier muß das Wasser zur Befreiung von organischen Stoffen und



von sonstigen Beimengungen in Absatzbecken gebracht werden, in denen es eventuell durch Zusatz von Alaun zur schnelleren Ausfällung der Schwebstoffe vorgeklärt und durch Chlorung von Bakterien im wesentlichen befreit wird. Nach mehrstündigem Aufenthalt in diesen Kammern fließt das so vorgeklärte Wasser über ein Ueberfallwehr auf die Filteranlage zur weiteren Reinigung und gelangt sodann in die Reinwasserbehälter, nachdem ihm beim Abfluß aus den Filtern nochmals Chlor zur Abtötung der Bakterien zugeführt worden ist. Häufig fließt es dann noch in einen Pumpenschacht, aus dem es ebenso wie das Grundwasser durch Druckpumpen in das Versorgungsgebiet und in die Hochbehälter gefördert wird.

Strengste chemische und bakteriologische Kontrolle ist bei dieser Art der Wasserversorgung geboten, um nicht zu den erwähnten Mißständen zu gelangen. In richtiger Erkenntnis der Gefahrenquellen, die Oberflächenwasserversorgung in sich birgt, bemühen sich denn auch schon viele Städte, zur reinen Grundwasserversorgung zu gelangen. Z. B. hat sich Hamburg, das früher nur Oberflächenwasserversorgung hatte, heute schon bis zu etwa 75 Prozent auf Grundwasserversorgung umgestellt.

Wir sind in Deutschland in der Lage, über sehr ergiebige Grundwasserströme zu verfügen. Der allmähliche Uebergang zur reinen Grundwasserversorgung, der möglich ist, ohne die Versorgung der Bevölkerung irgendwie zu gefährden, ist deshalb im Interesse der Volkshygiene dringend geboten. („Grüne Post“.)

## Neue Maschinen für den Straßenbau

Von Baurat Dipl.-Ing. E. Franck in Leipzig.

Auf unseren heutigen großen Bauplätzen im Hoch- und Tiefbau ist in den letzten Jahren in steigendem Maße die Maschinenkraft zur Verbesserung und Beschleunigung des Baubetriebes eingeführt worden. Bei den umfangreichen Ausführungen der großstädtischen Geschäftshäuser und Industriebauten einerseits, bei den gewaltigen Brücken- und Schleusenbauten sowie Talsperrenanlagen andererseits wurde auf eine rationelle, d. h. rasche, dauerhafte und dabei preiswerte Erstellung der Einzelbauwerke erhöhter Wert gelegt. Die verhältnismäßig billige Maschinenkraft bot dazu das Mittel.

Ganz besonders aber hat man sich in jüngster Zeit der Maschinenkraft auf dem Gebiete des modernen Straßenbaues bedient. Handelt es sich doch nicht nur um eine gründliche Instandsetzung der in der Kriegs- und Nachkriegszeit stark in Verfall geratenen Stadt- und Landstraßen; auch der Bau besonderer Automobilstraßen hat die Frage der besten Fahrbahnherstellung auf breiter Basis aufgerollt. Die neue Zeit mit ihrem stark entwickelten Verkehr stellte neue Anforderungen an den Straßenoberbau, die sich vor allem auf den Widerstand gegen schwerere Lasten und erhöhte Fahrgeschwindigkeit bezogen.

Groß ist die Zahl der in den letzten Jahren neukonstruierten Bauhilfsmaschinen und -geräte, die vornehmlich zur Rationalisierung des modernen Betonstraßenbaues auf den Markt gekommen sind. Es war ein natürlicher Vorgang, daß für die Herstellung der ausgedehnten Betonstraßen einmal die maschinellen

Einrichtungen für die Betonbereitung besonders vervollkommen wurden, zum andern, daß die in das vorbereitete Straßenbett eingebrachten Betonmassen gleichfalls auf maschinellem Wege eine zweckmäßige Weiterverarbeitung erfahren haben. Die Mischmaschinen wurden dabei auf große Mengen Mischgutes einerseits, auf rasches und intensives Durcharbeiten andererseits eingestellt. An einer wirtschaftlichen Verarbeitung des Betons unmittelbar auf der Baustelle dagegen hatte es bislang immer noch gefehlt. Bei Straßenneubauten wurden die Massen seither aus dem Transportgefäß auf den vorbereiteten Straßenundergrund ausgeleert, durch eine Anzahl Arbeiter verteilt und planiert, dann von Hand oder mittels Preßluftstempfers gedichtet und die entsprechend gewölbte Oberfläche schließlich mit feinerer Mischung überzogen. Diese drei Arbeitsgänge: Verteilen, Stampfen und Glätten werden nunmehr durch eine neue Vorrichtung, den sogenannten Betonstraßen-Fertiger (Finisher) zusammen selbsttätig übernommen.

Diese neue Straßenbaumaschine, in ihrer ersten Form amerikanischen Ursprunges, ist von einigen deutschen Firmen erheblich verbessert worden. Auf der am 4. März eröffneten Leipziger Frühjahrsmesse wird eine neue vervollkommnete Bauart des Betonstraßen-Fertigers ausgestellt und in Betrieb vorgeführt. Sie stammt aus den Werken der Maschinenfabrik Maffei u. Jacob in Leipzig und soll im Nachstehenden näher beschrieben werden.

Für alle üblichen Straßenbreiten ist nur eine einzige Maschine erforderlich. Ihre Normaltype wird für eine Breite von 5,5 m

bis 9 m gebaut, so daß alle dazwischenliegenden Abstufungen einstellbar sind, die sich um je 25 cm in der Gesamtstraßenbreite unterscheiden.

Der Betonstraßen-Fertiger, der wie alle Maschinen dieser Art auf besonderen Formschienen (Roadforms) läuft, kann nicht nur die fertige Straßendecke in ihrer endgültigen Oberflächenform bearbeiten, sondern ist auch in der Weise verstellbar, daß beim Bau zunächst die Unterschicht und dann die Oberschicht gedichtet wird. Da die Maschine zwei grundsätzlich gleiche Arbeitsbohlen mit großer Leistungsfähigkeit besitzt, ist es möglich, mit der vorderen Arbeitsbohle die Unterschicht, mit der hinteren die Decklage zu bearbeiten. Ein Umstellen während der Arbeitszeit fällt dann fort; es genügt einfaches Umschalten eines Hebels, um die eine oder die andere Arbeitsbohle in Tätigkeit zu setzen. Bei dieser Arbeitsmethode kann die vordere Bohle als Vordichter und Abstreifer für die hintere Arbeitsbohle benutzt werden. Auf solche Weise kann jede gewünschte Straßendeckenform gleich gut hergestellt werden.

Das neue Arbeitsverfahren gestattet, die bewährte amerikanische Arbeitsmethode auszuüben, bei der durch ruhigen Druck die Betonmasse gedichtet wird, ohne die beim Stampfen immer vorhandene Gefahr der Entmischung. Im Gegensatz zu den amerikanischen Maschinen kann aber mit diesem Straßenfertiger auch die Stärke des Druckes in weiten Grenzen verändert und dem zur Verarbeitung gelangenden Material angepaßt werden. Schließlich besorgt der neue Fertiger auch das endgültige Glätten der Oberfläche durch Einstellen einer schleifenden Bewegung der Arbeitsbohlen, so daß es bei seiner Verwendung nicht mehr notwendig ist, mit einem Gummibandglätter nachzuarbeiten. Alle Teile der Maschine sind aus zähem Material hergestellt und so bemessen, daß sie den rauen Beanspruchungen beim Straßenbau gewachsen sind.

Als Antrieb dient ein langsam laufender Zweizylinder-Viertaktmotor für Benzin oder Benzol, der keine besonderen Ansprüche an die Bedienung stellt. Das Getriebe ist in einem geschlossenen Räderkasten, im Ölbad laufend, vor Schmutz geschützt untergebracht, die Getriebewellen sind auf Kugellagern angeordnet. Sämtliche Bedienungshebel sind am Führerstand angebracht.

Zum Befestigen und Verdichten des Straßenunterbaues hat von jeher die Straßenwalze gedient, die im allgemeinen ihren Antrieb durch eine aufgebaute Dampfmaschine erhält. Eine völlig neue Ausführung zeigt ebenfalls die genannte Maschinenfabrik in Form ihrer jüngst gebauten Motorstraßenwalze mit kompressorlosem Dieselmotor (Abb. 1), die in vier Grundtypen mit

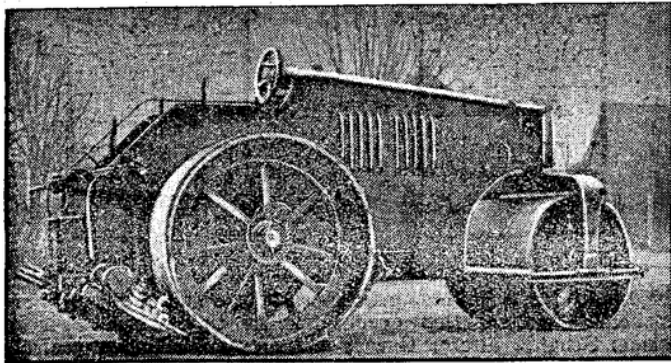


Abb. 1. Motorstraßenwalze von 12 t Dienstgewicht

8, 10, 12 und 14 t Dienstgewicht hergestellt wird. Sie kann auch mit einem Vierzylinder-Benzolmotor mit Vergaser für Gasolin ausgerüstet werden. Die Walze erfordert geringe Betriebskosten und hat eine Steigungsfähigkeit bis zu 20 Proz. Sie ist sowohl für Planierungen, Packlager und Schotterdecken benutzbar wie auch für den modernen Bitumen-Straßenbau geeignet. Auch zeichnet sie sich durch große Ueberdeckung der Vorderräder über dem Zwischenraum der Hinterräder aus, wodurch die sogenannte „Riefenbildung“ auf der Straßenfläche vermieden wird. Die Motorwalze mit dem kompressorlosen Colo-Dieselmotor, im Gewicht von 8 t, eignet sich insbesondere für Gleisbettwalzungen bei Straßen- und Eisenbahnbauten.

Wie eingangs bereits erwähnt, haben die mannigfachen modernen Bauausführungen auch eine Vervollkommnung der Betonmischmaschinen zur Folge gehabt. Es galt dabei, Mischertypen für große Betonmengen bei trotzdem einwandfreier Mischweise herzustellen. Führend im Bau rationeller Betonmischer ist seit

Jahren die Allgemeine Baumaschinen-Gesellschaft in Leipzig vorgegangen, wobei die auf den Baustellen gemachten Erfahrungen verwendet worden sind. Die beim Betonmischen bewährte Trommelform zwingt das Mischgut zum dauernden Ueberkugeln nach allen Seiten. Aus amtlichen Zeugnissen geht hervor, daß bereits in einer Minute die fertige Mischung in der vorgeschriebenen Mischweise „Erst trocken, dann naß“ erzielt wurde. Für die hohe Leistung ist in erster Linie die schnelle Entleerung der geöffneten Trommel von ausschlaggebender Bedeutung. Die Trommelränder des in Abb. 2 dargestellten Mixers sind nach einem patentierten

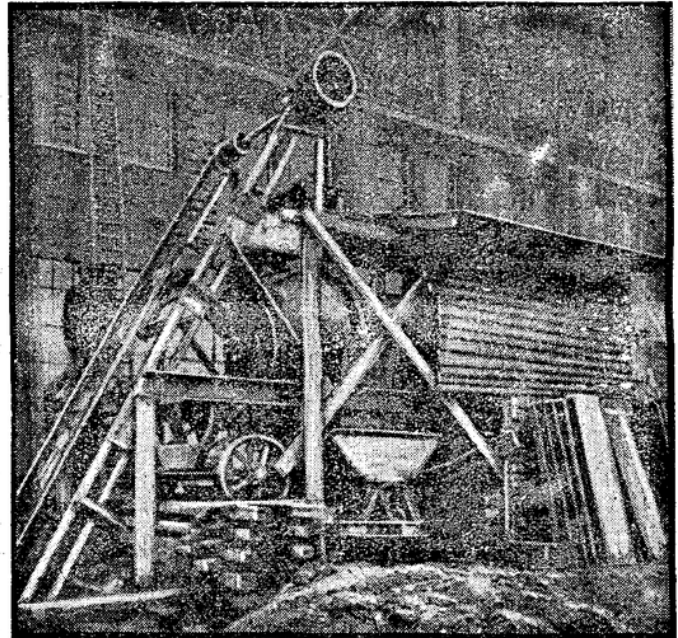


Abb. 2. Großmischer für 1000-l-Trommelfüllung

Verfahren wasserdicht verschlossen, so daß er auch für Gußbetonarbeiten hauptsächlich in Frage kommt. Er wird in sechs Größen von 150 bis 1000 l Trommelfüllung gebaut, wobei sich Stundenleistungen (30 bis 40 Füllungen) von 5 bis 40 m<sup>3</sup> Beton oder Mörtel ergeben. Es sind somit bei eingelaufenem Betriebe und zehnstündiger Arbeitszeit Tagesleistungen bis zu 400 m<sup>3</sup> je Mischer zu erzielen. Für Baustellen mittleren Umfanges hat der

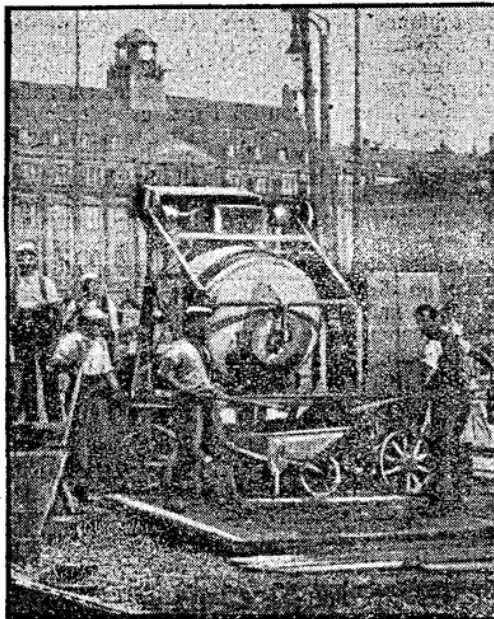


Abb. 3. Beton-Schnellmischer

in Abb. 3 gezeigte Mischer wegen seiner leichten Beweglichkeit, einfachen Konstruktion und Billigkeit sich eingeführt. Er wird für 150 bis 375 l Trommelfüllung mit 5 bis 15 m<sup>3</sup> Stundenleistung gebaut und außer dem Hebewerk auch mit einer zweiten Winde zum Fördern des fertigen Materials ausgerüstet.

Eine beachtenswerte Neuerung im Mischmaschinenbau, die gleichfalls auf der Techni-

schen Messe zur Vorführung gelangt, stellt ferner der Betonmischautomat der Firma Seelemann in Neustadt a. d. Orla dar (Abb. 4). Seine Anordnung kann gewissermaßen in drei selbständige Teile zerlegt werden. Im unteren Raume zwischen dem Rädergestell wurden durch Transportschnecken verschiedener Größe Kies, Sand und Zement in einer Elevatormulde zusammengeführt, wo die Vormischung erfolgt. Von dieser Stelle aus

gelangt das vorgemischte Gut durch eine Eimerkette nach oben in den Schüttrichter, in dem unter Beigabe von Rieselwasser eine zweite einfache Mischung vor sich geht. Der Trichter mündet in eine wagerechte Trommel aus, in der sich eine Schneckenwindung befindet, wodurch die eigentliche, die dritte Mischung stattfindet. Am andern Trommelende ist der Auslauf etwa  $1\frac{1}{2}$  m über dem

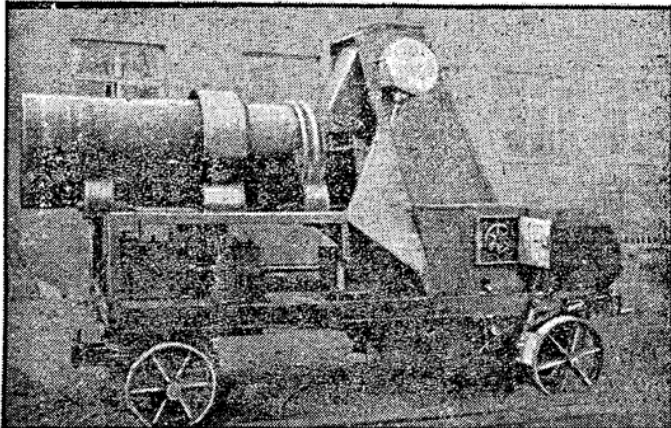


Abb. 4. Betonmischautomat

Erdboden angeordnet. Die Vorteile dieses Mixers sind: genaues, automatisch erfolgendes Mischverhältnis, höchste Zementausnutzung, Unabhängigkeit von der Bedienung und selbsttätiges Ausrücken der Maschine, sobald das Auffüllen von Zement im Materialbehälter übersehen wird.

Außer den vorstehend behandelten Baumaschinen wird noch eine große Zahl anderer bewährter Neukonstruktionen auf dem Vorführungsplatz des Ausstellungsgeländes gezeigt werden. Der Fortschritt in bezug auf rationelle Arbeitsweise, Güte des Materials und Preiswürdigkeit der deutschen Fabrikate ist für den unvoreingenommenen Fachmann nicht zu verkennen. So wird auch die deutsche Baumaschinenindustrie mit dazu berufen sein, zum Wiederaufbau unserer deutschen Wirtschaft einen erheblichen Teil beizutragen. (Techn. Rundschau.)

## RUNDSCHAU

**Ausbaupläne der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. bis zum Jahre 1932.** In einem Lichtbildvortrag vor den Vertretern der deutschen Presse am 27. März 1928 entwickelte Herr Direktor Rehmer den Bauplan, den die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. für den Ausbau ihrer Kraftquellen bis zum Jahre 1932 vorgeschlagen haben. Auf Grund sorgfältiger Schätzungen, deren Richtigkeit von hervorragenden Sachverständigen bestätigt worden ist, wird im Jahre 1932 mit einer Gesamtbelastung von rund 720 000 kW zu rechnen sein. Da außerdem noch eine Maschinenreserve von 25 Proz. erforderlich ist, so muß die jetzt vorhandene Leistungsfähigkeit der Kraftquellen von 500 000 kW um rund 465 000 kW erhöht werden. Die für das Jahr 1928 zu erwartende Mehrbelastung soll durch stärkeren Einsatz der vorhandenen Batterien, durch Aufstellung eines 20 000 kW-Generators im alten Kraftwerk Rummelsburg und durch die Uebernahme des Städtischen und Kreis-Kraftwerkes Spandau gedeckt werden. Im folgenden Jahre wird die neue Ruths-Speicheranlage im Kraftwerk Charlottenburg mit einer Leistung von 40 000 kW und ein neuer 25 000 kW-Generator in Spandau in Betrieb genommen werden. Außerdem wird die Möglichkeit vorhanden sein, von den Elektrowerken zur Zeit der Winter-Spitzenbelastung den Fernstrombezug um 50 000 kW zu erhöhen. In der Zwischenzeit wird das 1928 begonnene Westkraftwerk, das am unteren Lauf der Spree in der Nähe des Kraftwerkes Unterspree der Hoch- und Untergrundbahn errichtet wird, so weit fortgeschritten sein, daß 1930 die erste Maschine und 1931 die zweite in Betrieb genommen werden kann. Der Bau eines Westkraftwerkes ist erforderlich, weil sich der Schwerpunkt des Verbrauchs allmählich nach dem Westen verschiebt und weil im Osten bereits ein Großkraftwerk, nämlich das Großkraftwerk Klingenberg, vorhanden ist. Erst 1932 wird dann die Erweiterung von Klingenberg nötig sein. Bei dem Ausbau in dieser Weise wird 1932 die notwendige Reserve von 25 Proz. erreicht sein; in den vorangegangenen Jahren schwankt dieser Prozentsatz zwischen 16,8 und 24,5 Proz. Der Geldbedarf für diese Bauten beträgt insgesamt 98 000 000 RM. Bei diesem Bauvorschlag hat die BEWAG besonders eingehend das Spitzenkraftproblem studiert und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig nur die Ruths-Speicheranlage in Charlottenburg, die elektrischen Batterien in den Um-

formwerken und der Spitzenfernstrom als Spitzenkraftzeuger in Frage kommen. Die Wirtschaftlichkeit eines Wasserspeicherkraftwerkes an der Havel ist bei den augenblicklichen Zinssätzen noch umstritten, so daß der Bau dieses Werkes vorläufig noch zurückgestellt wurde. Diesel-Motoren können nur an besonders dazu geeigneten Stellen in beschränktem Maße aufgestellt werden und können den Bauplan nicht erheblich beeinflussen. Beim Westkraftwerk wurde besonders gefordert, daß die Maschinen nachts still gesetzt werden können, und das Werk somit als Spitzenkraftwerk arbeiten kann. Unentschieden ist vorläufig noch die Art der Feuerung, voraussichtlich wird aber das neue Westkraftwerk nicht auf Kohlenstaub gestellt werden, da in Deutschland der Anfall an Kleinkohle durch die bisher gebauten Kohlenstaubfeuerungen bzw. in Bau befindlichen, aufgezehrt wird und die Vermahlung sortierter Kohlen unwirtschaftlich ist. Zum Schluß streifte der Redner noch kurz die weitere Entwicklung, die durch die Ueberlagerung eines 100-kV-Kabelringes über das vorhandene Netz gekennzeichnet sein wird, auf den alle vorhandenen Kraftquellen und evtl. weitere an der Elbe oder Oder zu errichtende Kraftwerke angreifen. Die Frage der Speicherung wird im Zusammenarbeiten mit den mitteldeutschen Werken, dem Reich und Preußen gelöst werden müssen.

**Angebot Frankfurts zur Gasbelieferung Kölns.** Nachdem kürzlich die Frankfurter Gasgesellschaft das Angebot gemacht hatte, auf ihre Kosten eine Kokerei in Köln zu errichten, um den Mehrbedarf an Gas, der bis zur etwaigen Aufschließung der von Köln und Frankfurt gekauften Kohlenfelder notwendigerweise geschafft werden muß, sicherzustellen, wurde dieses Angebot nunmehr wiederholt und dahin ergänzt, daß sich an dem neuen Angebot eine noch unbekannte Zeche beteiligen will. Auch dieses Angebot sieht den Neubau einer Kokerei vor; an der die Gasbelieferung übernehmenden Gesellschaft würde Köln vorläufig nicht finanziell beteiligt sein, doch würde es eine Option auf eine spätere Kapitalbeteiligung erhalten. Das Angebot soll bis zum 30. Juni gefristet sein.

**Explosionssicherer Oelschalter.** Die Aufgabe der Oelschalter besteht darin, einzelne Generatoren, Netzteile und Transformatoren abzuschalten. Außerdem müssen sie aber auch noch größere Kurzschlußleistungen bewältigen können. Bei dem Schaltungsvorgang können gefährliche Temperatur- und Drucksteigerungen auftreten. Der Abschalt-Lichtbogen zersetzt und vergast einen Teil des Oeles. Kommt nun dieses Gas in die über der Oelschicht befindliche Luft, so entsteht ein sehr explosives Gemisch, das leicht zu Schalter-Explosionen führt. Ein neuer Oelschalter verwendet die Mischung der Schaltgase mit Luft

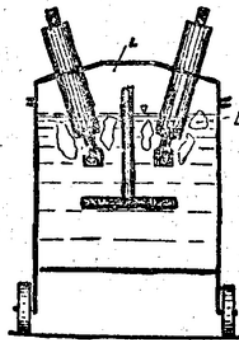


Abb. 1

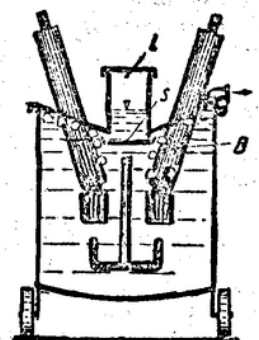


Abb. 2

innerhalb des Schalters und beansprucht damit, als 'explosionssicher' zu gelten. Den grundsätzlichen Unterschied zwischen einem Schalter älterer Bauart und dem sogenannten gasfreien Oelschalter zeigen die Skizzen 1 und 2. Das Luftkissen L ist in Abb. 1 den Gasblasen B sowie den Entladungserscheinungen zugänglich, während es in Abb. 2 durch die eigenartige Form des Deckels und einen Schirm S völlig geschützt ist. Die auftretenden Druckstöße gleichen sich über den Rand des Schirmes mit dem Luftkissen L aus. Die Gasblasen steigen an der Schräge des Deckels empor und werden durch Rohre direkt ins Freie geführt.

**Eine Stadt, die für Straßenreinigung nichts auszugeben braucht.** Schneefälle kosten Stadtverwaltungen bekanntlich ein schweres Stück Geld, das für die Hilfskräfte der Straßenreinigung und das Material benötigt wird. Die Verwaltung der Mormonenstadt Salt Lake City, der Hauptstadt des nordamerikanischen Bundesstaates Utah, ist in der glücklichen Lage, sich diese Kosten der Säuberung der Straßen vom Schnee sparen zu können. Die Stadt besitzt eine große Zahl von natürlichen heißen Quellen, mit deren Wasser bei Schneefällen die Spritzen der Feuerwehr gefüllt werden. Die Feuerwehrleute haben nichts weiter zu tun, als die Straßen zu bespritzen, die im Handumdrehen ihres „weißen Gewandes“ bekleidet werden.

Masse der Bevölkerung sind eben dort so gelagert, daß ohne staatlichen Zwang nicht auszukommen ist. Wohl zeigen die Berichte immer wieder, daß die Unternehmer der verschiedensten Berufszweige auf die technische Ausbildung der Lehrlinge großes Gewicht legen, allerdings nur dort, wo Fortbildungsklassen oder Kurse vorhanden sind. Andererseits sind sie aber sehr stark der Meinung, der Staat dürfe nicht drängeln, da schon mehr als genug getan werde.

In den staatlichen Betrieben bestehen bestimmte Einrichtungen zur Ausbildung der Lehrlinge, so in den staatlichen Schiffswerften, in der Luftfahrzeugindustrie, in den verschiedenen Regierungsdepartements für Beamte, in der Münz- sowie in den Metallwerkstätten des nationalen physischen Laboratoriums. Ferner für die kommunalen Betriebe. Soweit aber technische Ausbildung in Frage kommt, dreht es sich stets um gelernte Berufe. Um das große Heer der angelernten Facharbeiter und der ungelerten Arbeiter kümmert sich niemand. Wer sollte auch hieran denken? Leider vergessen selbst die Gewerkschaften Fragen dieser Art. Dann sind auch die Gemeinden, die auf sich selbst angewiesen sind, zu schwach zur Bewältigung so hochgradiger kultureller Probleme.

B. Weingarh.

## Regiebetriebe

Don Dr. Georg Petermann.

### VI. Finanzfragen.

(Schluß.)

Vom Standpunkt des Finanzbezernenten gesehen könnte man die Regiebetriebe nach vier Kategorien unterscheiden, und zwar dem Zweck entsprechend:

1. Zuschußbetriebe,
2. gewinnlose Betriebe,
3. Betriebe mit beschränktem Gewinn,
4. Betriebe mit unbeschränktem Gewinn.

Zu den Zuschußbetrieben gehören solche, die rein kulturellen Zwecken dienen, wie Badeanstalten, bei denen stets ein Zuschuß erforderlich sein wird, wenn sie wirklich allen Kreisen zugänglich gemacht werden. Betriebe, die ohne Gewinn arbeiten, sind die vorübergehenden Regiarbeiten — wie Straßenpflasterungen —, wo, um nicht überflüssige Rechenkunststücke zu machen, die Gesteungskosten allein der Gemeinde in Ansatz gebracht werden. Mit beschränktem Gewinn können diejenigen arbeiten, die durch Abnehmertarife gebunden sind, wie z. B. Gaswerke.

Ob man hierbei allerdings so weit gehen kann wie E. Schiff, der als ersten Zweck der kommunalen Betriebe die Förderung des Gemeinwohles und nicht den Gelderwerb gelten lassen will, ist eine andere Sache. Jrgendwoher muß die Gemeindeverwaltung doch Mittel zur Deckung der laufenden Ausgaben nehmen. In der Besteuerung sind ihr recht enge Grenzen durch Landes- und Reichsgesetz gezogen. Damit ist ohne weiteres klar, daß die Einkünfte aus den Betrieben mit beschränktem Gewinn nichts anderes als eine indirekte Steuer sind. Es wird also stets auf die minderbemittelte Bevölkerung bei den unentbehrlichsten Gütern und gemeindlichen Dienstleistungen Rücksicht genommen werden müssen. Aber es darf auch nicht völlig übersehen werden, daß durch die soziale Fürsorge manches an sie zurückgezahlt wird.

Doch nicht allein Rücksichten sozialer und kultureller Art werden zu einer Niedrighaltung der Tarife führen. Ein Umstand von Bedeutung, den kein kommunaler Finanzpolitiker außer acht lassen wird, ist die Konkurrenzfähigkeit der örtlichen Industrie und auch des Handels. Werden nämlich die Tarife höher geschraubt, als dies in anderen Gemeinden der Fall ist, dann ist ein wirtschaftlicher Niedergang unvermeidlich. Denn jeder Gewerbetreibende muß in seiner Kalkulation mit Elektrizität, Gas, Wasser usw. rechnen und kann mit Unternehmen an anderen Orten schwerlich konkurrieren, wenn er höhere Gesteungskosten hat. Es ist also hinreichend dafür gesorgt, daß die Gemeinden von ihren Monopolen keine Uobergewinne ableiten können, wie das bei den privatkapitalistischen Monopolen durchaus an der Tagesordnung ist.

Was anderes ist es bei den Regiebetrieben der vierten Kategorie, das sind alle diejenigen, deren Erzeugnisse weder Preisbindungen kultureller Art noch solche durch Abnehmertarife kennen, die also in freier Konkurrenz arbeiten, oder deren Erzeugnisse, wie z. B. bei Brauereien, aus anderen Gründen eine freie Preisbildung vertragen.

In den Haushaltsplänen der Gemeinden haben die Einkünfte aus den Regiebetrieben eine im Wachsen begriffene Bedeutung. Die Rentabilität war 1913 im Mittel 8,76 Proz. vom Anlage-

kapital und 14,54 Proz. vom Buchwert. (Greineder.) Doch ist man wie schon erwähnt, verschiedentlich geneigt, alle Gewinne der Regiebetriebe zu verneinen. Hierbei wird aber der Fehler gemacht, zwischen Rohgewinn und Reingewinn keinen Unterschied zu machen. Nach den Grundsätzen eines gewissenhaften Kaufmanns muß der Rohgewinn wenigstens so groß sein, daß eine Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals gewährleistet ist. Das wird sogar gesetzlich vorgeschrieben (vgl. § 97, 1 der Thüringer GKO.). Doch wird das bei Regiebetrieben, die kulturellen Zwecken dienen, nicht streng durchzuführen sein. Diesem Umstand trägt z. B. das preußische Kommunal-Abgabengesetz Rechnung.

Damit ist aber die finanzielle Auswirkung der Regiebetriebe nicht erschöpft. So werden sie bei allen Fragen der Kreditinanspruchnahme sehr stark in die Waagschale fallen. Viel mehr als die anderen Sicherheiten, die von den Gemeinden angeboten werden, wie Grundbesitz und die Steuerkraft der Einwohner. Besonders in den Kreisen ausländischer Kapitalgeber weiß man den Wert der Produktionsbetriebe sehr zu schätzen, während allen anderen Sicherheiten mit Skeptizismus begegnet wird. Darum ist der Regiebetrieb für die Steuerverwaltung der Gemeinden von größter Wichtigkeit und es hieße ihnen das Rückgrat nehmen, wollte man den Gemeinden die Betätigung auf gewerblichem Gebiet unmöglich machen. (Hansemann.) Denn auf steuerlichem Gebiete haben die Gemeinden so gut wie nichts mehr zu bestimmen.

### Schlußbetrachtung.

Die Regiebetriebe rücken immer näher dem Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Für und wider geht der Streit. Aber solange man die Regiebetriebe nur mit Sophistik und allem dialektischen Blinkwerk bekämpft, wird man ihnen nichts anhaben können. Neue Gegner sind ihnen entstanden. Diese Tatsache ist wertvoll, weil sie von symptomatischer Bedeutung ist. Daraus wird ohne weiteres schon klar, daß sich die Regiebetriebe auf dem besten Wege befinden, ein ebenso beachtenswerter wie vorbildlicher Faktor im Wirtschaftsleben zu werden. Darum bekämpft man sie, weil sie das Anwachsen einer Gefahr für die kapitalistische Wirtschaftsform bedeuten. Die Gefahr nennt man

Munizipal-Sozialismus.

## Die Gewerkschaftsbewegung auf dem Balkan

Jugoslawien. Vor dem Weltkrieg war das heutige Reich der Serben, Kroaten, Slowenen ohne eine starke, moderne gewerkschaftliche Bewegung. In Slowenien gab es 1913 4600 organisierte Arbeiter, in Kroatien 5188, in Wojwodien 5000, in Bosnien 5550 und in Serbien, wo der Balkankrieg seine verheerende Wirkungen schon gezeigt hatte, insgesamt 4227 organisierte Arbeiter. Die 1918 erfolgte nationale Vereinigung hatte in das Wirtschaftsleben einen etwas krampfhaften und künstlichen Aufschwung gebracht, indem man gewaltsam eine Industrie schaffen wollte. Das gleichzeitige rasche Anwachsen der Gewerkschaften war aber nicht das Ergebnis einer hohen Konjunktur, als vielmehr jenes Elends, in das die Arbeiter durch den Krieg und dessen Folgen hineingeraten waren. Verzweiflung und Hoffnung zugleich trieben die Proletarier mit unwiderstehlicher Kraft in die Gewerkschaften. 1920 betrug die Zahl der organisierten Arbeiter rund 200 000. Die Zahl entspricht etwa dem Fünftel aller Lohnarbeiter.

Die Sowjets übernahmen jene Auffassung zaristischer Außenpolitik, wonach der Balkan als archimedischer Punkt galt, von welchem aus Europa aus den Angeln gehoben werden sollte. Die Sowjetlehren wurden auf dem Balkan mit großer Energie verbreitet, was zur Folge hatte, daß die südslawische Sozialistenpartei, die den Kern der serbischen Sozialdemokratie bildete und vorher mit der deutschen Partei zusammenging, sowohl auf theoretischem als auch auf praktischem Gebiet immer mehr nach links abschwankte, bis es schließlich 1920 zu einer Spaltung kam. Mit der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei ist auch die Gewerkschaftsbewegung zusammengebrochen. In den bedeutenden slowenischen Kohlenbergwerken gab es 1920 11 230 organisierte Arbeiter, während 1924 nur noch 723 Mann der Gewerkschaft angehörten. Ebenso gehörten von den 100 000 Holzarbeitern 1923 nur noch 2900 Mann der Gewerkschaft an und von den Lederarbeitern nur 400 anstatt der vorher 30 000 Arbeiter, so daß 1923 die Zahl der organisierten Arbeiter auf 28 000 zusammengeschrumpft war.

Da nun der Zusammenbruch der Gewerkschaften in Jugoslawien mit dem des künstlich zum Aufschwung gebrachten Wirtschaftslebens zusammenfällt, standen die Arbeiter den verderblichen

Folgen der Wirtschaftskrise vollkommen schußlos gegenüber. Nach Papierdinar gerechnet, kosten die allernötigsten Warenartikel des täglichen Bedarfs das Dierundzwanzigfache gegenüber 1914, während die Durchschnittslöhne durchaus nicht in diesem Verhältnis gestiegen sind.

Die Erkenntnis, daß der jugoslawischen Arbeiterklasse infolge der Spaltung vollkommene Entkräftung droht, hat die Führer der verschiedenen Parteien zu einem Einigungsversuch veranlaßt. Dieser Entschluß war bei den Moskauer Anhängern auch dadurch hervorgerufen, daß zwischen Paschitsch und Raditsch eine Einigung zustande kam und so die letzte Hoffnung der dritten Internationale auf revolutionäre Ereignisse in Jugoslawien zunichte wurde. Der die Wiedervereinigung vorbereitende Kongreß hat zwischen dem 10. und 12. Oktober 1925 in Belgrad stattgefunden und hier gelang es, das Werk des Zusammenschlusses unter Dach zu bringen, indem man politische Neutralität und die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von Kommunismus und Sozialdemokratie beschloß.

Die Zugkraft des Gewerkschaftsbundes der vereinigten Arbeiter hat sich sehr bald gezeigt. Es gelang in einer großen Protestversammlung im Frühjahr, die Massen aus ihrer Stumpfheit wachzurütteln und sie zu einer Kundgebung gegen den Abbau der Sozialpolitik zu bewegen. Damit begann die Rückkehr der Arbeiterschaft zu den Fachgewerkschaften. Ein Beispiel hierfür ist der Eisenbahnerbund, der am 1. Januar 1927 2678 Mitglieder zählte, am 1. September aber schon 5161 Mitglieder aufweisen konnte.

Ebenso der Bund der Privatbeamten, der seit Oktober vorigen Jahres 1940 neue Mitglieder warb, so daß er heute insgesamt 5000 Mitglieder besitzt. Rehnlich gestaltete sich die Lage in den übrigen Gewerkschaften, wofür uns aber keine genauen Daten vorliegen. Ein weiteres Ergebnis des Zusammenschlusses bestand darin, daß der Gewerkschaftsbund vom 10. bis 17. Oktober 1927 eine Werbeweche veranstaltete, die recht gute Resultate brachte.

In Bulgarien war bis 1924 die Arbeiterschaft in zwei Gewerkschaften geteilt: die allgemeine Gewerkschaftsunion, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen ist, und die allgemeine Gewerkschaftsunion der Arbeiter, die der Moskauer Internationale angehört. Ende 1922 zählte die erste Union nur 17 600 Mitglieder, während die zweite über 34 000 Mitglieder in 19 großen Verbänden besaß. Aber seit den großen kommunistischen Unruhen 1924 hat die Moskauer Gewerkschaftsunion viel von ihrem Mitgliederbestand verloren. Die Amsterdamer Gewerkschaftsunion zählte damals 14 800 Mitglieder, hat aber in den letzten Jahren ihre Zahl auf über 40 000 steigern können. Sie wurde besonders gestärkt durch den Beitritt der Landarbeiter, die über 23 000 Mitglieder zählen. Außer diesen Gewerkschaften besteht noch eine sogenannte Union der Berufsgenossenschaften, die über 34 000 Mitglieder zählt. Ihr gehören u. a. an: Lehrer, Ingenieure, Zollbeamte, Ärzte, Künstler, Architekten, Richter, Bankbeamte usw. Diese Union ist zwar offiziell neutral, bedeutet aber schon durch ihre bloße Existenz eine große Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses in Bulgarien.

In Griechenland fand 1920 eine Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung statt. Der allgemeine Gewerkschaftsbund hatte bis 1920 in 350 Organisationen 170 000 Mitglieder. Durch die Spaltung verlor er die Mehrzahl seiner Mitglieder, so daß er 1925 nur noch 60 000 Mitglieder hatte. Aber im April 1927 wurde in Piräus ein gemeinsamer Kongreß abgehalten, auf dem beschlossen wurde, die Einheit der griechischen Gewerkschaften wieder herzustellen. Gleichzeitig wurde jede Verbindung mit den Kommunisten grundsätzlich abgelehnt. Die neue Gewerkschaftsbewegung verfolgt eine Politik, die nur den Gewerkschaftsinteressen dienen soll und den politischen Parteien gegenüber eine absolute Unabhängigkeit wahr. Grundsätzlich wurde der Anschluß an die Amsterdamer Internationale beschlossen, die endgültige Entscheidung hierüber wird auf dem nächsten panhellenischen Kongreß fallen, der 1928 in Saloniki stattfinden wird. Durch die innerpolitischen Zustände in Griechenland waren die gewerkschaftlichen Arbeiter stark behindert.

Wir stehen gegen jede bürgerliche Regierung, die zum kriegerischen Konflikt treibt. Nicht wir, sondern Karl Marx hat schon gesagt, daß der Kapitalismus je nach der Situation kriegerische oder unkriegerische Bestrebungen entwickelt. Wir haben die Aufgabe, die unkriegerischen Tendenzen zu fördern und die kriegerischen Tendenzen zurückzuweisen. Die beste Unterstützung für die Völker und Arbeiter ist der geschlossene Kampf des europäischen Proletariats gegen die Reaktion!

Crispien (auf dem Parteitag in Kiel 1927).

## Aus Politik und Volkswirtschaft

**Das Grammophon im Dienste der Wahlpropaganda.** Zur Belebung der Wahlagitiation hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei eine Anzahl Grammophonplatten herstellen lassen mit Reden bekannter Sozialdemokraten wie Hermann Müller, Otto Wels, Artur Crispian, Paul Löbe, Marie Arning, Karl Seering, Toni Sender, Otto Braun, Rudolf Breitscheid und Marie Juchacz. Aber auch die beiden Gewerkschaftsführer Theodor Leipart und Siegfried Aufhäuser werden per Grammophon zu den Wählern sprechen. Die Ansprache Leiparts lautet:

Über Gewerkschaften und politische Wahlen will ich zu Ihnen sprechen. Sie werden mich nicht fragen, was denn diese Wahlen die Gewerkschaften angehen. Es wird Ihnen im Gegenteil klar sein, daß gerade die Mitglieder der Gewerkschaften, die durch die Schule der Organisation gegangen sind, an jeder politischen Wahl das größte Interesse haben müssen. Denn die in den Gewerkschaften organisierten Männer und Frauen sind zum Gemeinwohl erzogen. Sie sind sich ihres Staatsbürgerstatus bewußt und kennen daher auch ihre Pflicht als Wähler. Jeder Gewerkschafter weiß auch, daß es mit der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben nicht getan ist, so groß und bedeutungsvoll diese auch sind. Man muß es den Arbeitern als Verdienst anrechnen, daß sie die Hebung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage in erster Linie durch organisierte Selbsthilfe erstrebt und herbeigeführt haben. Aber sie wären töricht, wollten gerade sie auf die Hilfe des Staates verzichten, wo alle übrigen Volksklassen ständig nach Staatshilfe rufen. Staatliche soziale Reformen und Gesetze zum Schutze der Arbeiterinteressen müssen die Tätigkeit der Gewerkschaften ergänzen und sind nötig, um die von den Gewerkschaften errungenen Fortschritte zu festigen. Diese Gesetzgebung kann die Arbeiterklasse nicht den bürgerlichen Parteien anvertrauen, die sie nicht nur in der Vergangenheit, sondern bis auf den heutigen Tag so bitter enttäuscht haben. Es muß eine Mehrheit von Arbeitervertretern in das Parlament entsandt werden, wenn die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft Berücksichtigung finden sollen. Seither hat die Mehrheit des Parlaments die Arbeiter immer als Aschenbrödel behandelt. Die Schuld daran tragen jedoch die Wähler — darunter leider auch so viele Arbeiter und Angestellte —, weil sie ihre Stimme für solche Parteien abgegeben haben, die gar nicht gewillt sind, ernsthaft für sozialen Fortschritt einzutreten. Dabei handelt es sich keineswegs um ein einseitiges Interesse der Arbeiter. Wir haben immer das Wohl des ganzen Volkes und das Interesse des Staates im Auge. Wohl sind die Gewerkschaften groß und stark geworden und haben vieles schon erreichen können. In den ersten Jahren nach dem Kriege bis in die schlimme Zeit der Inflation, als die Not des Volkes und des Vaterlandes am größten war, sahen auch weite Kreise des Bürgertums eine Rettung nur noch in den Gewerkschaften. Wir haben nach Möglichkeit unsere Pflicht getan und fordern keinen Dank dafür. Aber wir verlangen, daß jetzt die Verheißungen erfüllt werden und daß in dem neuen Deutschland endlich auch der Arbeiterschaft ihr Recht wird. Das wird allerdings nur dann geschehen, wenn die Massen des Volkes von dem Stimmrecht, das die Arbeiterbewegung für sie erkämpft hat, den richtigen Gebrauch machen. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden mit gutem Beispiel vorangehen. Sie werden keine andere Partei wählen als die Sozialdemokratie.

## Arbeiter- und Angestelltenversicherung

**Die Invalidenversicherung im Jahre 1927.** Aus dem im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Bericht des Reichsversicherungsamtes über das Jahr 1927 sind folgende Zahlen und Angaben über die Invalidenversicherung einer weiteren Verbreitung wert: Nach den vorläufigen Zusammenstellungen wurden im Jahre 1927 insgesamt 386 219 Renten neu bewilligt. Diese verteilen sich auf 245 628 Invalidenrenten, 74 787 Witwen- und Witwerrenten und 65 876 Waisenrenten. Weggefallen sind in dem gleichen Zeitraum 135 446 Invalidenrenten, 18 128 Witwen- und Witwerrenten und 155 080 Waisenrenten, außerdem 2336 Krankenrenten, 9417 Altersrenten und 269 Witwenkrankenrenten. Insgesamt liefen Renten am 31. Dezember 1927:

Invalidenrenten . . . . .	1 766 890	Witwen-(Witwer-)Renten . . . . .	334 278
Krankenrenten . . . . .	23 104	Witwenkrankenrenten . . . . .	2 646
Altersrenten . . . . .	65 903	Waisenrenten . . . . .	779 194

Zusammen 2 972 015 Renten

Durch Vermittlung der Postanstalten wurden im Berichtsjahre rund 760 Millionen Mark an Entschädigungen zur Auszahlung gebracht. Außerdem wurden noch rund 43 Millionen Mark ebenfalls für Entschädigungen durch die Versicherungsanstalten direkt gezahlt. In den letzten Monaten des Berichtsjahres sind die Ausgaben der Rentenleistungen ständig gestiegen. Es ist dies auf die Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen (Erhöhungen der Renten) zurückzuführen. Für Leistungen an sogenannte Wander-versicherte haben die Versicherungsanstalten 9,8 Millionen Mark der Angestelltenversicherung erlitten. Die Beitragseinnahme hat sich infolge der Erhöhung der Beitragsätze und auch infolge der verhältnismäßig guten Wirtschaftslage beträchtlich erhöht. Es sind im Berichtsjahre insgesamt 871 Millionen Mark Beiträge eingegangen. Das am Jahresluß vorhandene Vermögen der Ver-



Rechenungsanstalten kann noch nicht festgestellt werden. Allein das Rechnungsjahr 1927 wird einen vorausschätzlichen Ueberfluß von zirka 250 Millionen Mark bringen. Ueber die Durchführung der sogenannten Heilverfahren fehlen noch Angaben des Jahres 1927. Es werden jetzt erst solche aus dem Jahre 1926 veröffentlicht. Nach diesen Angaben wurden im Jahre 1926 insgesamt 158 118 Männer und 109 951 Frauen in Heilbehandlung (Unterbringung in Heilanstalten usw.) genommen. Es entstand hierfür ein Kostenaufwand von 50 152 498 Mk. Außerdem haben die Versicherungsanstalten im Jahre 1926 für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung 9 206 248 Mk. ausgegeben. Diese Summe verteilt sich auf die verschiedensten Gebiete wie Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, des Lupus, Kinderfürsorge usw. Außerdem wurden beträchtliche Summen zum Wohnungsbau ausgegeben. Hierunter beispielsweise im Jahre 1926 zum Bau von Arbeiterfamilienwohnhäusern rund 25 Millionen Mark.

Kl—s.

## Arbeitsgerichte

Entlassungen, die deshalb erfolgten, weil eine Stadtverwaltung ihre Straßenreinigung einem Privatinstitut übertrug und daher angeblich keine Arbeit mehr hatte, sind als unbillige Härte im Sinne des § 84 Abs. 4 BRG. angesehen worden. Eine Stadtverwaltung stellte ihren Straßenreinigungsbetrieb um und übertrug die Reinigung der Straßen einem Privatinstitut. Aus diesem Anlaß, weil sie nunmehr angeblich keine Arbeit mehr für ihre Arbeiter hatte, kündigte die Stadtverwaltung zwei bei der Straßenreinigung beschäftigt gewesene Arbeiter. Daß jedoch noch genügend Arbeit vorhanden war, ging daraus hervor, daß die Stadtverwaltung viele Ueberstunden zu leisten verlangte und außerdem noch neun neue Arbeiter vorübergehend einstellte, so daß insgesamt 1045 Stunden zu leisten waren. Die entlassenen Arbeiter erhoben Einspruch beim Arbeiterrat, der den Einspruch auch anerkannte. Eine Einigung mit der Verwaltung kam nicht zustande, und die beiden Arbeiter wurden nicht wieder eingestellt. Das Arbeitsgericht entschied zugunsten der Arbeiter und verurteilte die Verwaltung, die Kläger weiter zu beschäftigen oder an den Kläger D. eine Entschädigung von 444,— Mk. und an den Kläger B. von 592,— Mk. zu zahlen. In der Begründung heißt es:

„Es war zu prüfen, ob die Kündigung des Arbeitsverhältnisses der Kläger von seiten der Stadtgemeinde als unbillige Härte im Sinne des Gesetzes anzusehen war. Das Gericht hat auf Grund der Sachlage und des glaubwürdigen Zeugnisses des Magistratschöffen E. als erwiesen angenommen, daß in der Kündigung eine unbillige Härte für die Kläger zu erblicken ist, welche durch die Arbeitnehmer oder durch die Verhältnisse des Betriebes der Stadt D. nicht bedingt war. Nach der Zeugnisaussage war zur Zeit der Kündigung für die Kläger, welche nicht allein mit Straßenreinigung, sondern auch mit anderen Arbeiten, wie z. B. Kanalreinigung, Straßenerhaltung und ähnlichen Arbeiten beschäftigt wurden, noch genügend Arbeit vorhanden, so daß der Sachbearbeiter des städtischen Bauamtes gegen die Kündigung war, weil er die Kläger noch genügend hätte beschäftigen können. Nach der Zeugnisaussage sind auch jetzt noch genügend Arbeiten für die Kläger vorhanden. Bei dem Kläger B. kommt hinzu, daß er über 63 Jahre alt ist, es für ihn somit schwer fallen wird, in diesem Alter noch eine andere Arbeit zu finden, für ihn deshalb die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eine besondere Härte darstellt. Für beide Kläger kommt ferner hinzu, daß die Stadtgemeinde, wie nicht bestritten und auch in dem Beschlusse des Arbeiterrates besonders hervorgehoben ist, seit der wenn auch zunächst nur probeweisigen Umstellung von Arbeitern 106 Ueberstunden seitens der Stadt verlangt und geleistet wurden, in derselben Zeit auch vorübergehend neun andere Arbeiter beschäftigt wurden, die, wie nicht bestritten, im ganzen 1045 Stunden beschäftigt waren. Aus all diesen Gründen hat das Gericht mit dem Arbeiterrat angenommen, daß für beide Kläger die Kündigung unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Kläger und der beklagten Stadtgemeinde eine erhebliche und unbillige Härte darstellt. Es war deshalb wie geschlossen zu erkennen. (Urteil des Arbeitsgerichtes Niederlahnstein vom 22. Februar 1928.)

Auf Grund dieses Urteils wurden die beiden Kollegen dann auch wieder eingestellt.

## Landstraßenwärter

Uelzen. Die Versammlung der Chaussee- und Landstraßenwärter des Kreises Uelzen am 25. März nahm den Kassenbericht entgegen. Darauf wurde der schon lange notwendige Anschluß an das Gewerkschaftskartell Uelzen als selbständige Filiale ein-

stimmig beschlossen und Delegierte dazu gewählt. Zum Bericht der Landstraßenwärter-Konferenz am 4. März in Hannover wurde von den Kollegen die geforderte Fahrradentschädigung freudig begrüßt mit dem Bemerkten, diese unter allen Umständen durchzuführen, da ohne Fahrrad der Dienst der Landstraßenwärter nicht möglich ist. Ebenso in der Lohnfrage sei eine Erhöhung unbedingt notwendig. Zu den geforderten Wettermänteln wurde gesagt, daß ein guter wasserdichter Mantel geeigneter sei als eine Peterine. Die Aufnahme aller Hilfsarbeiter in den Verband wurde als dringend bezeichnet. Die nächste Versammlung ist Sonntag, den 24. Juni, vormittags 9 Uhr.

## Aus unserer Bewegung

Königsberg. In der Mitgliederversammlung referierte Kollege Meißner über den „Regierungsentwurf zu einem Arbeiterschutzgesetz und die Gegenvorschläge des ADGB“. Er wies darauf hin, daß sich der Staat nur widerstrebend zu einer Arbeiter-Schutzpolitik entschloß. Lange Zeit hindurch wurde jegliche Schutzgesetzgebung zugunsten der Arbeitnehmer durch den Staat abgelehnt. Heute haben wir eine Fülle von Gesetzen, welche die Fragen der Arbeitszeit, des Unfallschutzes, der Frauen- und Kinderarbeit, der Nacht- und Sonntagsarbeit u. a. regeln. An diesen Gesetzesbestimmungen ist, abgesehen von ihrem zum Teil mangelhaften Inhalt, vor allem das Fehlen jeglicher Einheitlichkeit festzustellen. Die verschiedensten Arbeiterschutzbestimmungen sollen nun in einem einheitlichen Arbeiterschutzgesetz vereinigt werden. Der Referent bemängelte insbesondere, daß die Kontrollorgane zur Durchführung des Arbeiterschutzes wie bisher zersplittert bleiben sollen. Der ADGB schlägt demgegenüber vor, daß zur Kontrolle über die Durchführung der arbeitsschutzgesetzlichen Bestimmungen eine einheitliche Arbeitsaufsichtsbehörde geschaffen werden soll. Kollege Schütz wies dann auf die von der Ortsverwaltung beschlossene Beitragserhöhung hin. Er eruchte die Mitglieder, ihren Verpflichtungen pünktlich nachzukommen. Kollege Ctrittmacher empfahl der Versammlung eine Entschließung anzunehmen, welche die Auflösung der Ortsgruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner mitschuldig und die Wiederaufnahme aller früheren Mit-



Herausgegeben von der Reichsarbeitsverwaltung, Berlin. Nr. 14

glieder dieses Verbandes fordert. Kollege Demmer erklärte, daß die Auflösung der Ortsgruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner eine Angelegenheit sei, die lediglich den Mitgliedern und den Körperschaften dieses Verbandes zur Entscheidung unterliege. Der Ausschluß von Gewerkschaftlern erfolge nicht, ohne daß wichtige Gründe vorliegen. Es handelt sich bei den Vorfällen im Eisenbahnerverband darum, daß eine Reihe von Mitgliedern systematische Zerlegungsarbeit in der Gewerkschaft vornahm. Er empfahl, die vom Kollegen Ctrittmacher vorgelegte Entschließung abzulehnen. Die Versammlung lehnte dann auch die Entschließung ab. — Kollege Tobehn beantragte, daß in der Mitgliederversammlung zu der von der Ortsverwaltung der Filiale vorgenommenen Wahl der Kartelldelegierten Stellung genommen wird. Er teilte mit, daß von der Ortsverwaltung mit einer Stimme Mehrheit bei der Wahl der Kartelldelegierten eine „Oppositionsliste“ angenommen worden sei. Die Leiter der Sektionen „Reichs- und Staatsarbeiter“ und „Gesundheitswesen“, ebenso Kollege Meißner seien bei der Wahl ohne Angabe von Gründen übergangen worden. Gegen dieses Vorgehen der Ortsverwaltung hat eine Vertrauensmännerversammlung der Filiale Stellung genommen. Diese beschloß, daß die Ortsverwaltung die Kartelldelegiertenwahl erneut vornehmen soll, und zwar unter Berücksichtigung der Leiter der größeren Sektionen und des Kollegen Meißner. Die Ortsverwaltung hat mit Stimmengleichheit abgelehnt, dem Beschlusse der Vertrauensmännerversammlung entsprechend zu verfahren. Kollege Tobehn beantragte die Dornahme der Kartelldelegiertenwahl in der Mitgliederversammlung. Kollege Meißner erklärte, daß es sich bei der Auswahl der Kartelldelegierten um eine Vertrauensfrage handele. Aus der Entscheidung der Mitgliederversammlung würde er entnehmen, inwieweit zu seiner Tätigkeit Vertrauen vorhanden ist. Während er im vergangenen Jahre einstimmig zum Kartelldelegierten gewählt wurde, ist er in diesem Jahre ohne jede Begründung nicht wiedergewählt worden. Die Begründung des Kollegen Schütz, daß er nur deswegen nicht wiedergewählt wurde, weil die Kollegen aus dem Betriebe den Verband im Kartell vertreten sollen, sei erst nachträglich gegeben worden. Er führe seine Nichtwiedergewählung auf rein politische Gründe zurück. — Einem in zwischen von dem Kollegen Erdi gestellten Antrag, daß als Vertreter der Filiale im Ortsanschuß des ADGB die Kollegen Schütz, Morgenstern, Sauf, Meißner, Link, Tobehn und Didszus gewählt werden sollen, stimmte denn die Versammlung mit großer Mehrheit zu.

## Rundschau

### Die Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde

mit dem Sitz in Jena, Marienstr. 4, bietet unseren Volksgenossen inmitten herrlicher, waldbreicher Gegenden gute Unterkunfts-möglichkeiten für längeren oder kürzeren Ferienaufenthalt, ebenso für Wochenendausflüge.

Diese Genossenschaft besitzt sechs Ferienheime und sechs Wanderheime: sieben inmitten prächtiger Hochwälder Thüringens, zwei in idyllischer, hügeliger Heidegegend, eines im märkischen Seengebiet am waldbumstandenen Körpfer See, eines in den Wäldern des vogtländischen Erzgebirges, eines im Leinwald bei Altenburg in Thüringen.

Die Heime bieten: zweckmäßig ausgestattete helle Zimmer; schmackhafte und reichliche Beköstigung; Lesezimmer und Tagesräume; Gleichgesinnte für Gedankenaustausch und gemeinsame Spaziergänge. Überall praktischer Gemeinschaftsgeist; Erholung, Kräftigung, neue Lebensfreude.

Diese Ferienheime sind:

**Genossenschaftsferienheim in Friedrichroda** im Thüringer Wald, am Ausgang des bekannten Kurortes Friedrichroda gelegen. 40 Zimmer, 100 Betten, sämtliche Zimmer heizbar, elektrisches Licht, Bad, 500 Meter Seehöhe. Herrliche Ausflüge nach dem Spießberg, Heuberg, Inselberg, der Talsperre Tambach-Dietzharz.

**Ferienheim Frauenwald** hoch oben am Rennsteig — mitten im schönen Thüringer Wald — gelegen. 65 Zimmer, 135 Betten, Zentralheizung, elektrisches Licht, Bäder, 750 Meter Seehöhe herrliche Lage. Umfassende Fernsicht, große Waldwiesen. Schöne Ausflüge nach Massenberg, der Fehrenbacher und Suhler Schweiz, dem Großen Finsterberg, dem Schneekopf, der Schmücke.

**Ferienheim Steigerhaus** auf waldiger Höhe mit umfassender Fernsicht bei Saalfeld in Thüringen. 15 Zimmer, 35 Betten, eine halbe Stunde von der Stadt entfernt, sonnige Höhenlage, herrliche Wälder. Ausflüge nach den berühmten Feengrotten bei Saalfeld (Tropfsteinhöhle), dem Schwarzatal, nach dem Trippstein, mit wundervollem Blick auf Schwarzburg, nach dem oberen Saaleal, nach der Talsperre bei Ziegenrück usw.

**Ferienheim Muldenhaus** inmitten riesiger Waldungen des vogtländischen Erzgebirges in Rautenkranz im Vogtland. 20 Zimmer, 60 Betten, 650 Meter Seehöhe. Geologische Sehenswürdigkeiten, Hochmoore. Schöne Spaziergänge auf guten Wegen nach allen Teilen der fast endlosen Waldungen.

**Ferienheim Eisenhammer** in stiller waldiger Gegend der Dübener Heide, unweit der Stadt Eilenburg. 20 Zimmer, 80 Betten, große Gasträume. Schöner Laub- und Nadelwald; bequeme Waldwege; großer Teich für Badegelegenheit; große Wiesen. Schöne Ausflüge weit hinein in die Dübener Heide, die sich stundenlang erstreckt.

**Ferienheim Reherhorst**, direkt am waldbumstandenen Klein-Körpfer See im märkischen Seengebiet (Kreis Teltow). 20 Zimmer, 50 Betten, elektrisches Licht, direkt am See gelegen. Eigenes, flacheingebendes, sandiges Badegelande, ideale Ruder- und Paddelmöglichkeiten. Haltestelle für Motorboote. Seeverbindung bis Berlin. Gute Wasser Verbindung nach allen Teilen der märkischen Seenplatte bis hinein in die stillen Schönheiten des Spreewaldes.

Die Preise in unseren Heimen sind in jeder Hinsicht als mäßig zu nennen. In der Zeit vom 1. September bis 31. Mai (Vor- und Nachsaison) besonderer Preisnachlaß.

**Was Bankdirektoren den Arbeitern empfehlen.** Der Direktor einer großen deutschen Bank hat sich bemüht, in einer Zeitung, die die Interessen der Textilindustriellen vertritt, über die Wirtschaftsnot und Sozialpolitik unserer Zeit einen Artikel zu schreiben. Nach dem Grundsatz der Unternehmer, daß der Arbeiter zu viel verdient, behauptet der Bankdirektor, der die Wirtschaftsnot sicherlich nicht am eigenen Leibe verspürt, daß die Forderungen der Gewerkschaften nach „höheren Löhnen wirtschaftlich unweigerlich zum Abgrund“ führen. Er verkennet zwar nicht, daß sich die Arbeiter in einer gewissen Notlage befinden, aber diese „muß weiterhin nicht mehr bei den Einnahmen, sondern bei den Ausgaben angepackt werden“. Und nun kommt der Vorschlag, wie man das machen soll. 1. Sollen die jungen Mädchen nicht mehr ins Kontor gehen, sondern sich auf die Führung des Haushaltes vorbereiten, damit sie richtig wirtschaften können und auch mit niedrigem Einkommen auskommen. 2. Sollen die Arbeiter nicht in Abzahlungs-geschäften kaufen, denn wenn sie krank werden und die fälligen Raten nicht mehr bezahlen können,

nimmt man ihnen die Gegenstände weg und verlangt für Ab-nutzung noch eine Entschädigung. 3. Soll man auf das Mittel verzichten, durch Streiks einen höheren Lohn zu erzwingen, und 4. sollen sich „die zufriedenen Elemente“ von den Schreibern in den Lohnkämpfen loslagern. Im übrigen bemüht sich der Herr von der Bank den Nachweis zu bringen, daß die Löhne in den letzten drei Jahren um 30 Proz. gestiegen sind, was nach seiner Ansicht viel zu viel ist. Abgesehen davon, daß diese Rechnung schon nicht stimmt, scheint der Bankdirektor gar nicht zu wissen, daß in den letzten Jahren die im Haushalt gebrauchten Gegenstände, die im Index in der Rubrik Konsumgüter angeführt sind, zum Teil über mehr als 50 Proz. gestiegen sind. Die Kleidung, besonders Konfektionsware, ist um durchschnittlich 70 Proz. gestiegen, Glas und Porzellan um 80 Proz., und die Lebensmittelpreise haben in den letzten drei Jahren um 40 Proz. angezogen. Das sind die Waren, die im Arbeiterhaushalt hauptsächlich gebraucht werden. Selbst wenn die Arbeiterfrau sich auf die Führung des Haushalts vor der Ehe genügend vorbereitet hat, so wird ihr alles Haushälterische wenig nützen, mit dem mäßigen Lohn, der sich ab und zu um ein paar Pfennige erhöht, auszukommen bei der dauernden Steigerung der Preise. Hierbei wird ihr auch das Haushaltungsbuch nicht helfen, das der Bankdirektor zur Anschaffung empfiehlt. Und was die Frage des Streiks anbelangt, so werden die Arbeiter auch in Zukunft streiken, wenn sie wollen. Im übrigen zeigen die Ausführungen des Herrn von der Bank, wo Direktorengehälter von 60 000 bis 100 000 Mk., mit Tantiemen Einkommen bis 300 000 Mk. im Jahre üblich sind, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter sich auf ihre eigene Kraft verlassen. E. H.

**Das russische Völkergemisch.** Aus einer von der russischen Akademie der Wissenschaften vorgenommenen Aufstellung geht hervor, daß auf dem Territorium der Sowjetunion insgesamt 156 Völkern leben, die sich nach Sprache, Sitten und Gebräuchen voneinander unterscheiden. Nach dieser Liste, an deren Aufstellung sich namhafte Gelehrte beteiligten, beträgt die Gesamtzahl der Großrussen 70 Millionen. An zweiter Stelle folgen die Ukrainer, auch Kleinrussen genannt, mit 25 Millionen. Die Weißrussen und Kirgiskofaken zählen je 4 Millionen, die Usbeken 3,7, die Wolgatataren 2,2, die Juden 1,8 und die Aserbeidschanen 1,5 Millionen. Ueber eine Million zählen dann noch die Moldauer, Armenier, Georgier, Tschuwaschen und die Deutschen, die sich auf 1,1 Millionen beziffern. Unter eine Million folgen dann eine Reihe von bekannten Völkern, darunter die Tadschiken mit 871 000, Turkmenen mit 683 000, Kirgisen mit 643 000, Motjaken mit 466 000 und Baschkiren mit 320 000. Polen wurden in Rußland 369 000 festgestellt. Außerordentlich bunt sind die Völkern in Sibirien, und es konnte ermittelt werden, daß hier einzelne Völker mit weniger als 1000 Einwohnern vorhanden sind, die aber eine eigene Sprache sprechen und demzufolge als eine Völkerschaft für sich zu gelten haben. Von den größeren Stämmen zählen die Tschetschen 289 000, die Awarer 234 000, Osseten 227 000, Burjaten und Jakuten je 220 000, Kumücken 160 000, Kalmücken 140 000. In bunter Reihenfolge folgen dann Kabardinern 123 000, Karakalpakern 96 000, Laken 90 000, Gagauzen 76 000, Talschen 75 000, Koreaner 73 000, Abchazen 72 000, Tscherkessen 68 000, Tjugschen 58 000, Chinesen 57 000, Tungusen 53 000, Kurden 49 000, Karatschen 46 000, Altaier 26 000, Ostjaken 18 000, Samojeden 17 000, Tschuktschen 12 000, Samuten 9000, Kamtschadalen 5700, Sojoten 2500, Eskimos 1100, Lebminen 900, Aleuten 500, Karagajen 390, Afghanen 360, Kamajinen 150 und Tschakasschimen 100. Von europäischen Völkern befinden sich in Rußland 177 000 Letten, 171 000 Griechen, 153 000 Esten, 120 000 Finnen, 75 000 Esten, 52 000 Bulgaren, 43 000 Tscheden, 2200 Serben und 370 Franzosen. An Zigeunern wurden insgesamt 30 000 ermittelt. Norweger und Schweden sind nur schwach vertreten. Dagegen sind die Perjer, Araber und Armenier sehr zahlreich vorhanden. E. H.

**Hohe Löhne bedeuten unbegrenzten geschäftlichen Aufschwung.** Der bekannte amerikanische Großindustrielle A. Filene sagte kürzlich in einem für die Vereinigung der Einkaufsagenten von Neu-England gehaltenen Vortrag:

Wenn dem Arbeiter ein hoher Lohn gegeben und gleichzeitig für die Herabsetzung der Preise gesorgt wird, so wird er ein Konsument, dessen Bedeutung man sich nie träumen ließ. Jene, welche sich über die Massenfabrikation und — was damit unbedingt Hand in Hand zu gehen hat — über den Massenabsatz klar sind, wagen die Behauptung, daß die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Richtung unbegrenzt sind. Bereits ist der Markt für zahlreiche Güter erheblich ausgedehnt worden, und wir wissen, daß es gute Geschäftspolitik ist, nicht nur Güter für den Verbrauch herzustellen, sondern auch die Konsumenten in die Lage zu versetzen, sie zu kaufen. Nun sind aber die Ersparnisse bei der Massenfabrikation wirklich so gewaltig, daß die Löhne heraufgesetzt und die Produktionskosten gleichzeitig reduziert werden können.

## Eingegangene Schriften und Bücher

**Alexander Stein: Jungsozialisten und Arbeiterbewegung.** — Referat auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten am 5. Juni 1927 zu Dresden. — Umfang 24 Seiten, kart. 30 Pf. — E. Land-  
sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Alexander Stein skizziert in großen Umrissen Sinn und Ziel der jungsozialistischen Bewegung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Er weist ihr eine wesentliche Aufgabe insbesondere auf dem Gebiete der Kultur- und Erziehungsarbeit zu, die im Geiste einer Auffassung des Marxismus nicht als akademische Angelegenheit erfüllt werden muß, um so eine Grundlage des proletarischen Kampfes zu bilden. Seine Darlegungen beseitigen manche Unklarheit über das Wesen des Jungsozialismus. Die Sätze und Richtlinien für die jungsozialistische Bewegung selbst sind dem Referat angehängt.

**„Reichsversicherungsordnung“**, Textausgabe, Taschenformat. Verlags-gesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137, in Leinen geb. 2.— Mk.

Das im handlichen Taschenformat gebaltene Werk enthält den Gesetzestext nach dem Stande vom 1. Februar 1928. Es ist damit die einzige Ausgabe, die das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt richtig wiedergibt. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden der gesuchten Gesetzstellen ungemein. Der Verlag hat dem Buchlein eine gute Ausstattung auf den Weg gegeben. Der niedrige Preis gestattet jedem Verwaltungsbeamten, Vertreter in den Versicherungsorganen, Betriebsrat, Gewerkschafts- und Arbeitervertretern, Arbeitgeber usw. die Anschaffung.

**„Jugend-Liederbuch“**. Neute Auflage. 400. bis 450. Tausend. Zusammengefaßt von Aug. Abrecht. 180 Seiten. Preis: kartoniert 0,60 Mk., in Ganzleinen 1 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. — Das seit einiger Zeit vergriffene und daher lang-erwartete „Jugend-Liederbuch“ ist nunmehr erschienen. Die neue Aus-gabe ist völlig umgestellt und stark erweitert worden. Die Anzahl der Lieder ist von etwa 200 auf beinahe 350. Besonders erweitert wurde die Gruppe der Arbeiter- und Freiheitslieder. Alle brauchbaren Texte fanden hier Aufnahme. Erweitert wurde ferner das Liederbuch noch um die Abteilungen: „Turner- und Burschenschaftslieder“, „Plattdeutsche Lieder“, „Kanons“, neben den gut ausgewählten Gruppen „Wander- und Marschlieder“, „Für Heim und Raht“, „Liedeslieder“, „Schnurren und Wechselgesänge“ und „Abschiedslieder“ usw. Das Buch wurde ferner mit einem wirkungsvollen Bild geschmückt und die Ausstattung erheblich ver-bessert.

Die Bauhüttenbewegung, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Entwicklung. Für die deutschen Gewerkschaften kurz dargestellt von A. Ellinger. Preis 50 Pf. Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-bundes G. m. b. H., Berlin S 14. — Die Stilllegungsandrohungen der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, deren Ausführung die deutsche Wirtschaft auf das allererschwerste erschüttern, zahlreiche Arbeiter- und auch bürgerliche Existenzen vernichten und die Arbeiter und Verbraucher in schwerste Abhängigkeit von den kapitalgewaltigen bringen würde, hat, wie keine andere Maßnahme, die Unhaltbarkeit der privatkapitalistischen, auf den Eigennutz gestellten Wirtschaftsordnung auch den Kreisen gezeigt, die bisher den auf die Durchsetzung der Gemeinwirtschaft gerichteten Be-strebungen teilnahmslos oder ablehnend gegenüberstanden. Es ist ihnen klar geworden, daß ein solcher Mißbrauch des Besitzes der Produktions-mittel unmöglich sein würde, wenn sie der Allgemeinheit gehörten und an die Stelle der Privatwirtschaft eine den allgemeinen Bedürfnissen des ganzen Volkes gerecht werdende Bedarfswirtschaft treten würde. Wird die gesamte Erzeugung so eingerichtet, daß ein jeder Volksgenosse die für ihn geeignete Tätigkeit unter Schonung seiner Arbeitskraft in rationalster Weise ausüben kann, dann werden die Verlustquellen der kapitalistischen Wirtschaft infolge unrationeller Betriebsführung, Ausscherrungen, Streiks und Arbeitslosigkeit versiegen und das Elend wird aus der Welt ver-schwinden. Einen wichtigen Schritt zur Erreichung dieses Zieles stellen die Konsumgenossenschafts- und die Bauhüttenbewegung dar. Es ist ver-ständlich, wenn die arbeitende Bevölkerung zuerst ihre große Macht als Verbraucher erkannt hat und erst viel später dazu kam, sich auch einen Einfluß auf die Produktion zu sichern. Den ersten Schritt auf diesem Wege haben die handwerklichen Gewerkschaften durch die Gründung des Verbandes sozialer Handwerke getan, der nach dem politischen Zusammen-bruch 1918 die sich allerorten bildenden Hauptproduktivbetriebe zusammen-faßte und einheitlich organisierte. Ueber die Entwicklung dieser, nun seit 7 Jahren bestehenden Bewegung, ihr Wesen und ihre Ziele, unterrichtet die Schrift von A. Ellinger in eindrucksvoller Weise. Sie zeigt die Ur-sachen der Entstehung der Bauhüttenbewegung und die zu überwindenden und zu einem großen Teil bereits überwundenen Widerstände, zeigt, daß es gelang, die Bauhüttenbewegung innerlich so zu festigen, daß sie heute einer Wirtschaftsfaktor darstellt, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Diese streng sachliche Darstellung wird allen Gewerkschaftern, Gewerk-schafts- und Parteifunktionären willkommen sein, weil sie ihnen in aller-knappster Form alles Wissenswerte über die Bauhüttenbewegung vermittelt, deren Endziel die Gemeinwirtschaft an Stelle der kapitalistischen Profit-wirtschaft ist.

Sie suchen die Seele. Wir sind in der Arbeiterfrage festgefahren“, so oder so ähnlich schildert 1925 bei der Gründung des Dintab der be-kannte Schwerindustrielle Bogler die sozialpolitische Situation des Unter-nehmertums. Die Gewerkschaften begannen die Inflationsfolgen zu überwinden, sich zu festigen und die breite Masse der Arbeiter mit neuem Vertrauen zu erfüllen. Die Arbeitgeber waren, nachdem der allgemeine Ansturm auf die Sozialpolitik von Ende 1923 bis 1924 nicht die er-wünschten Erfolge gezeitigt hatte, etwas verlegen in der Wahl ihrer neuen politischen Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft. Sie entdeckten jedoch bald, daß die junge Wissenschaft der Psychologie sich nicht nur für die sogenannten psychotechnischen Eignungsprüfungen verwenden ließ, sondern darüber hinaus auch eine planmäßige allgemeine Erziehungspolitik der Unternehmer an ihrer Arbeitnehmerschaft auszubilden gestattete. Aus-gehend von dieser Idee, wurde unter Führung des Oberingenieurs Arnold 1925 das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dintab) in Düsseldorf errichtet, das heute als psychologisch-pädagogischer Generalstab eines neuen sozialpolitischen Feldzuges der Unternehmer gegen die Ge-werkschaften fungiert. Neuerdings zeigt sich ein besonderer Aufschwung der Dintabstrebungen über die ersten Anfangserfolge hinaus. Erhöhte Wachsamkeit der Gewerkschaftsfunktionäre im Betriebe, der örtlichen und zentralen Verwaltungen der Gewerkschaften ist notwendig, um der weiteren Entwicklung jener unehelichen geistigen Einflußnahme der Unter-nehmer auf die Masse der Arbeiter entgegenzuwirken, mit deren Hilfe man den gewerkschaftlichen Geist der Arbeiterschaft zu schwächen beab-sichtigt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Verlagsgesellschaft des A. D. G. B. einen vor längerer Zeit erschienenen Artikel des Leiters der Berliner Gewerkschaftsschule, Fritz Friede, in erweiterter Form als eine besondere Broschüre herausgegeben hat. („Sie suchen die Seele.“ Die neue psychologische Arbeitspolitik der Unternehmer. 56 Seiten. Preis 60 Pf.) Diese neue und beachtenswerte Streckschrift schildert die Wirksamkeit und Stellung des „Dintab“ und der von ihm ausgehenden, planmäßig organi-sierten, neuen psychologischen Arbeitspolitik der Unternehmer. Sie stellt diese Politik in Zusammenhang mit den neueren sozialpolitischen Ent-wicklungsstrebungen überhaupt. Sie deckt weiter sehr gründlich und genau die machtpolitischen Hintergründe der Dintabstrebungen auf, listet deren soziale Mätze und zeigt das wahre Gesicht des „Dintab“. — Ein besonderer Abschnitt behandelt die sogenannte Deutsche Volkshochschule in Berlin-Treptow und die nicht ungefährliche aber sehr plumpe nationalistische Bil-dungsarbeit einer sogenannten deutschen Vereinigung unter der Land-arbeitererschaft. In einem Schlußkapitel: „Werksgemeinschaft, Dintab-erziehung und Gewerkschaften“ werden die gewerkschaftlichen Konsequenzen an diesem Progentkomplex gezogen.

# Salamander Fußarzt

für empfindliche Füße  
Der Schuh für Eisenbahner  
Gepäckträger und Arbeiter



**Salamander**



Wir liefern Ihnen  
**erstklassige  
Fahrräder**  
von  
organisierten  
Arbeitern im eigenen  
Betrieb aus den aller-  
besten Rohmaterialien mit äußerster  
Sorgfalt hergestellt. Auf Wunsch gegen  
Teilzahlung. Bei Barzahlung 10 Proz.  
Kassenscontto

Verlangen Sie bitte unseren Spezialkatalog gratis  
**Fahrradhaus „FRISCHAUF“ Offenbach a. M.**  
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“

**Fahrräder Borussia**  
das technische  
Wunder  
den größten  
Fahrrad-Fabrik  
der Welt!  
3 Jahre Garantie  
8 Tage zur Ansicht.  
12 Monatsrat. Katalog  
gratis. Vertreter gesucht.  
Hans W. Müller, Elberfeld 107  
Gesenbergstr. 10

**La Molkeributter**  
tägl. frisch in 1/4 u. 1/2  
Pfd.-Stck od. in Block  
La Emmentaler vollfett  
La Emmentaler ohne Rinde  
La Stangenlimburger 20%  
La Alp.-Rahmkäse 50%  
La Alp.-Rahmkäsechen 50%  
in 60 u. 90 Gr. Stück  
La Camembert 50%  
versend. in Postpaket.  
netto 9 Pfd. Inhalt frei  
Haus zum jeweiligen  
billigsten Tagespreise  
gegen Nachnahme  
**F. Schneider** (F)  
Butter- u. Käsefabrik  
Mindelheim, Allg. B. 111

**Helle** elektr. durch  
Selbstbehandl.  
Näheres kostenlos.  
**P. Hoffter**, Breslau, Sb.

*Raucht*  
**GARBÁTY**  
*Baccarat*  
**5**  
38

**Aria-Rad** Fracht- und  
Verpackungsfrei  
Teilzahlung  
100.000 „Aria“-Räder im  
Größter Umsatz im vergangenen Jahr.  
Unsere Preise erfragen,  
heißt viel Geld sparen.  
Fahrräder Mk 42,-, 58,-  
70,-, 76,-, 84,- etc.  
Nähmaschinen, Sprechapparate,  
Uhren, Photo-Artikel etc.  
Illustr. Katalog Nr. 36 frei.  
**Verheyen G.m.b.H. Frankfurt a. M.**

**Bettfedern** aus erster  
Hand! Pfd. grau 60 Pf., geschl.  
90 Pf., Rupp 1.75, Halbdaune 2.75,  
4.00, weiß Flaumrupf 4.00, beste  
5.00, Daune 7.00, weiß 8.00 bis 10.00, Schleiß-  
daune 3.50-5.00, Oberbett 8 Pfund 12.00,  
18.00, Kiss. 3 Pfd. 3.50, 5.50 aufw. geg. Nachn.  
Must. Preis frei, kein Risiko, Nichtp. zurück.  
Staats-Landes-Beamte 5%, Nachl. od. Raten.  
Böhm. Bettfed. Spezialhaus Sachs & Stadler  
Berlin C. 333, Landsberger Straße 43

**Musik-Instrumente**  
für Orchester, Schule u. Haus  
Großer Katalog umsonst. (F)  
Teilzahlung gestattet.  
**Max Dörfler, Klingenthal i. Sa. Nr. 36.**

**MUSIK-GRATIS**  
Sprech-App.  
ausführl. Aufklar. Schrift u. Prachtkatalog als  
Sie erhält aus erster Hand wirklich so! Die  
App. zu 28 Stk. 23, 35, 60, 78, 93 bis zu 6. fetten  
Kein Federbruch durch Überdrehen (DRP.)  
Klar, vollkomm. Naturton. Ganz fr. Material.  
Schallplatt. erst. Firmen woch. ab 15 Pfg.  
Sprech-App. Fabrik. **D. Grün, Leipzig C. 85**  
Ulrich-Ring 35

**Alpaca- u. Silber-Bestecke**  
liefern direkt an Private  
**6 Monate Kredit** (F)  
**M. Haas & Co. Fabrik feiner Tafelbestecke**  
Wettmann 31  
Fordern Sie Muster u. Kataloge.

**Theater- u. Reiseglas**  
wie Abbild. mit Etui 3, 25  
zum Spottpreis v. M.  
Guten Herren-Tasch. 2, 90  
Anker-Uhr. von M. 2, an  
Armband-Uhren für  
Herren und Damen 5, 90  
von M. 5, an  
Photo-Kamera, 4 1/4 x 6 cm, nur M. 1.20  
Photo-Platten, Kassetten, Füllfeder-  
halter, Taschenapothecken usw.  
Versand nur unter Nachnahme.  
Illustrierter Katalog gratis.  
**Willy Bock, G. m. b. H., Berlin W30 / Gw.**

**Noch einmal:**  
**Die Regiebetriebe  
der Gemeinden**  
Die Kritik einer Kritik  
Herausgegeben vom Verband  
der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Herr Oberbürgermeister Böß, Berlin,  
schreibt uns anlässlich der Übersendung  
eines Exemplares dieser Schrift:  
„... Die deutschen Gemeinden werden  
es dankbar anerkennen, daß sich der  
Verband in so gründlicher Weise für die  
Betätigung der öffentlichen Hand auf  
wirtschaftlichem Gebiete einsetzt.“  
Preis der Broschüre 1,- Mk.  
für Verbandsmitglieder 0,60 Mk.  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
oder die  
**Abteilung Bücher und Schriften**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42

**Böhmische  
Bettfedern**  
aus erster Hand.  
1 Pfd. grau, gute Schleiß-  
federn M. 1,-, bessere  
M. 2,-, weiße geschliss.,  
flaumige M. 2,75 u. 4,-,  
Halbflaum-Herrschafts-  
federn M. 5,-, 5,50, 6,25.  
1 Pfd. Ruffedern, ungeschlissene, halbweiße M. 2,25,  
weiße M. 4,-, allerfeinste M. 5,25. Zollfrei gegen  
Nachn. von 8 Pfd. aufwärts franko. Nichtpassend.  
umgetauscht oder Geld zurück. Muster umsonst.  
**Max Steiner, Klattau Nr. 359 (Böhmerwald)**

**Arcona-Räder**  
Die Qualitätsmarke Hundert  
Ite Preise. Das bek. zwerf. Ge-  
brauchsrad Marke Stern, Mod. 6,  
berg a. b. Mat. m. mod. Rahmen-  
bau, m. Goldf. abg. m. 5 Jahr.  
Garant. Orig.-Torpedofreilaut  
68 M., Versand übera. in. Zah-  
lungseil. Vert. Sie Katal. gr. u. ir.  
auch über Sprechmaschinen,  
Musikinstrumente, Uhren, Gold-  
waren, Wirtschaftsartikel usw.  
**Ernst Machnow, Berlin, Weinmeister  
Str. 14. Gr. Fahrradhaus Deutsch.**

**Billige böhmische Bettfedern!**  
Nur reine gutfüllende Sorten  
Ein kp. grau, geschliss. M. 3,-  
halbweiße M. 4,-, weiße M. 5,-  
bess. M. 6,-, 7,-, daunenweiße  
M. 8,-, 10,-, beste Sorte M. 12,-,  
14,-, weiße ungeschliss. M. 7,50,  
9,50, best. Sorte Mk 11,- Versand  
portofrei, Zollfrei gegen Nachn.  
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.  
Hendckit Sacksei, Lobes Nr. 260, b. Pilsen, Böhmen.

**Käse** portfrei  
ins Haus!  
Kugelmilch, Edamer nur  
Form, 2 Köpfe, ea. 9 Stk. 4,85  
Tafelmilch, Brot- nur  
form, 2 Stück, ea. 9 Stk. 4,85  
Zurücknahme wenn nicht caßl.!!  
**Gustav Westphal**  
Altona 724 Hamburg

**Obstweine**  
(Apfel-, Erdbeer-, Johannisbeer-,  
Stachelbeer-, Heidelbeer-, Brom-  
beer-, Kirschen-, Wermutwein usw.)  
**Edelobst-Marmeladen  
u. Gelees, Fruchtsäfte,  
Alkoholfreie Frucht-  
moste,  
Gemüse-, Pilz- und  
Früchte-Konserven**  
empfiehlt in ganz erstklassiger Ware  
billigst  
**Fhrri. v. Friesensche Gartendirektion,**  
G. m. b. H.,  
Rötha bei Leipzig. (F)  
500 Morgen eigene Obst- und Beerenobstplantagen.  
Versand in Korbfässchen, Fässern und  
Flaschen.  
**Preislisten auf Wunsch portofrei.**  
Vertreter in allen Orten gesucht.

**Billigsten u. reellsten neuen Gänsefedern**  
Bezugsquelle in  
wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen  
Pfd. 3,00, dieselben doppelt gerissen 3,50,  
kleine Federn Halbdaunen 5,00, sehr zarte  
6,00, dreiviertel Daun. 6,50, gerupfte, gerissene  
Federn mit Daunen 4,00 u. 5,00, hochprima 5,75,  
allerfeinste 7,50, la Volldaum. 9,00 u. 10,50. Für  
reelle staubfr. Ware Garant. Nehme nichtweg,  
auf meine Kosten zurück. Versand gegen  
Nachnahme, ab 5 Pfd. portofreie Lieferung  
Rudolf Grottsch, Gänsemaschanst., gegr. 1852, Neu-Trebbin 3, Oberbrück

**Kaufen Sie kein Rad!**  
ehe Sie mein Prachtkat. kostenfr. haben  
V. 38 M an. Höch-  
stes Luxus-Elf-  
Tourerad, 5 Jahre  
Garantie, rotem la  
Pneumatik, Freilauf  
m. Rücktrittbremse,  
heller, vernickelter Ledersattel, Tasche,  
Werkzeug, gelbe Felgen, Glocke, Pumpe,  
elektrische 68 M. Versand über-  
Lampe 68 M. all hin.  
Große Auswahl in Touren- prachtvollen  
Damenrädern, rassigen, bildschönen  
Straßenrennern. Vertreter gesucht.  
**Teilzahlungsräder 10 M** Anzahl-  
lung.  
Laufmängel 2,35, 2,75, 3,95 Garantie  
Schläuche 1,30, Rahmen 18 M., Griffe 0,20  
Schläwe, Berlin 507, Weinmeisterstr. 4